



Werk Urberach

**Zur Geschichte des früheren Fabrikgeländes der Firma
Telefonbau und Normalzeit (T&N)
in Urberach**

Das Gelände wurde 1907 von der in Offenbach am Main ansässigen Firma Bloch & Hirsch, einer Hutstofffabrik im Besitz der jüdischen Familie Bloch, gekauft. Die Firma verlegte Anfang 1909 ihren Firmensitz nach Urberach (heute Rödermark). 1930 wurde der Betrieb aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen.

1934 wurde das still liegende Fabrikgelände vom Nazi-Regime konfisziert und zunächst als Getreidelager genutzt. 1937 wurde es dann der T&N für die Kriegsrüstung unter dem in Urberach geführten Namen „Gerätebau G.m.b.H.“ überlassen.

Ein 1949 eingeleitetes Rückerstattungsverfahren der früheren Besitzer bzw. Erben der jüdischen Familie Bloch vor der Wiedergutmachungskammer beim Landgericht in Darmstadt verlief im Jahre 1952 im Sande, weil angeblich keinerlei Hinweise auf einen unrechtmäßigen Übergang an die T&N festzustellen gewesen sei. Die inzwischen erforschten historischen Tatsachen besagen jedoch etwas anderes.

Ab 1940 wurden dort sog genannte Flakumwertegeräte zur genaueren Zielvorgabe für die Bekämpfung feindlicher Flugzeuge hergestellt. Dazu wurden unter

anderem auch Fremdarbeiter eingesetzt, die in einem Barackenlager auf der anderen Straßenseite untergebracht wurden, von dem heute noch eine Baracke im Original erhalten ist und eine weitere neu auf dem alten Platz wieder aufgebaut wurde.

Ab 1941 wurden hier außerdem auch Kreiselgeräte und eine Zeitschaltuhr für die „Wunderwaffe“ der Nazis, die V 2, gefertigt, die ab September 1944 mit mehr als 3600 abgeschossenen Raketen zum Einsatz kam. Bei dieser Fertigung wurden unter anderem Strafgefangene aus dem Lager Rollwald eingesetzt.

Nach der Schließung der Fabrik mit dem Einmarsch der US-Truppen Ende März 1945, ließ die US-Militärregierung im Sommer 1946 die Wiederaufnahme des Betriebs in Urberach zu, jetzt für die Fertigung von Telefonzentralen. Ab 1972 wurden hier nur noch Telefonapparate hergestellt.

Die Firma T&N war zwischen 1946 und 1996 der größte Arbeitgeber in der näheren Umgebung. In den Hochzeiten Ende der siebziger Jahre arbeiteten bis zu 1300 Mitarbeiter im Werk Urberach.

URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes

Ende August 1996 wurde die seit 1987 100%-ige Bosch-Tochter geschlossen.

Um die Geschichte des Fabrikgeländes aufzuarbeiten und eine Ausstellung in der ehemaligen Villa der Geschäftsleitung zu gestalten, hat sich im Oktober 2005 der Verein

„Doku-Zentrum T&N“

gegründet. Er wurde im Oktober 2013 aufgelöst.

[Dokuzentrum T&N | Theater und Nedelmann](http://www.theaterundnedelmann.de/)

<http://www.theaterundnedelmann.de/>

Dokuzentrum T&N. Zur Geschichte des früheren Fabrikgelände der Firma Telefonbau und Normalzeit (T&N) in Urberach. Das Gelände wurde 1907 von der in ...



[Website Telefonbau & Normalzeit](http://www.aufbau-fm.de/doku/Archiv/normalzeit.html)

<http://www.aufbau-fm.de/doku/Archiv/normalzeit.html>



[Dokuzentrum T&N – Industriekultur in Rödermark-Urberach](http://www.dokuzentrum-tn.de/)

www.dokuzentrum-tn.de/

Das *Dokuzentrum T&N*. Die Vorbereitungen für das im Frühjahr 2011 fertiggestellte jederzeit zugängliche Freilichtmuseum begannen konkret ab Herbst 2009,

The screenshot shows the website 'Dokuzentrum T&N' with a navigation bar containing 'Startseite', 'Diaschau', 'Links & Literatur', 'Kontakt & Anfahrt', and 'Impressum'. The main content is organized into a grid of four historical periods:

- 1907 - 1930**: Hutstofffabrik Bloch & Hirsch. The description states that preparations for the 2011 museum began in autumn 2009, following the completion of industrial history documentation in three publications. It mentions that corresponding exhibition items from the T&N/Telenorma era were available.
- 1946 - 1974**: Telefonbau & Normalzeit. The image shows a street scene with early 20th-century buildings and a vintage car.
- 1930 - 1945**: Kriegsproduktion für Flak und V2. The description notes that this covers the industrial history of the largest companies in Urberach from the 20th century to 1977, highlighting that the founders of both companies were Jews, a fact significant in the historical context of the Nazi era.
- 1975 - 1996**: Telefonbau - von analog zu digital. The image shows a factory interior with workers at their stations.

Copyright © 2013 - Dokuzentrum T&N – Industriekultur in Rödermark-Urberach

Im folgenden Teil einige Bilder zum Thema

URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes

1907 bis 1930 Bloch & Hirsch



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



Kontor

URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



Elise Bloch



Robert Bloch

URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



„Bloch & Hirsch“ Urberach (Hessen)
Trockenraum

URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



„Bloch & Hirsch“ Urberach (Hessen)
Vorrichterei

URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes





Große Werkhalle

URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



„Bloch & Hirsch“ Urberach (Hessen)
Schleiferei

URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



„Vereinigte Hutstoffwerke Bloch & Hirsch, C.F. Donner G.m.b.H.“
Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Urberach, 1928



Meister der Firma in Urberach

v.l. hinten: Müller (Eppertshausen), Lutz, Müller, Meister der Beizerei, Falkenstein
v.l. vorne: Rebmann, Roth, Sattler, Probst mit Tochter, Wildhirt, Pfeifer, Ziegler

Ende 1930

Aus der Geschichte TN Werk Urberach

Ende der dreißiger Jahre mußte TN eine neue Fertigungsstätte einrichten. In Urberach wurde dem Unternehmen ein Gelände angeboten. Als geeignet erwies sich die ehemalige Hutstoff-Fabrik von BLOCH & HIRSCH. Am 13. 8. 1940 kaufte TN das Grundstück einschließlich der darauf befindlichen Gebäude. Nach den Ausbesserungs- und Umbauarbeiten wurden die Werkhallen mit den erforderlichen Maschinen ausgerüstet. Am 26. 10. 1942 gründeten die TN Lehner & Co. und die TN GmbH die GERÄTEBAUGESELLSCHAFT MBH, URBERACH. Noch in diesem Jahr wurde die Fertigung von fernmelde-technischen Einrichtungen, Zeitdruckern, Meßgeräten und Kraftstoffbehälterpumpen aufgenommen. Am 31. 12. 1941 arbeiteten im Werk Urberach bereits 612 Personen. Ein Jahr später waren schon 919 Mitarbeiter beschäftigt. Im Mai 1943 gründeten die GERÄTEBAUGESELLSCHAFT MBH und die TN GmbH die Unterstützungseinrichtung GERÄTEBAU-URBERACH-GMBH, die in Fällen der Hilfsbedürftigkeit die Mitglieder der Belegschaft unterstützte. In den folgenden Monaten wurden die Stadt Frankfurt und auch die TN-Werke Mainzer Landstraße und Kleyerstraße immer häufiger bombardiert. Viele Belegschaftsmitglieder verloren ihre Wohnstätte. Mit Hilfe der Gemeinde Urberach errichtete die GERÄTEBAU-GMBH etwa 18 Behelfsheime am Rande von Urberach auf der Bulau in unmittelbarer Nähe des Naturfreunde-Hauses. Die damaligen Notunterkünfte, verkauft im Jahre 1946 an die Bewohner, bilden den Grundstein der heutigen Bulau. Einen Monat vor Kriegsende boten die Fabrikationsstätten der TN in Frankfurt und das Werk IV in Berlin ein trostloses Bild. Sie waren völlig zerstört. Nur das Werk Urberach blieb erhalten. Hier konnte mit großen Anlaufschwierigkeiten die Fabrikation von Fernsprengeräten wieder aufgenommen werden. Werk Urberach war zu dieser Zeit wohl die einzige Fertigungsstätte Deutschlands, in der Fernsprechapparate hergestellt werden konnten.

Am 24. 6. 1959 wurde die GERÄTEBAU-GMBH gelöscht und ging in den Besitz der Telefonbau und Normalzeit Lehner & Co. über. Heute ist das Werk Urberach das Zentrum der Kunststoffverarbeitung mit eigenem Stahlformenbau, Drehereien (mit vielen voll- und halbautomatischen Drehbänken) und Metallspritzereien. Sie zeigen den hohen Stand der zeitgemäßen Fertigungstechnik. In modernen Werkhallen werden von z. Z. 1059 Mitarbeitern Fernsprechapparate und Nebenstellenzentralen gefertigt. Um auch in den kommenden Jahren der stetigen Weiterentwicklung gerecht werden zu können, wird der Ausbau der bisherigen Fabrikationsstätten erforderlich sein. Damit wird das TN-Werk Urberach für die Einwohner der Gemeinde und der umliegenden Kreise noch mehr an Bedeutung gewinnen.

URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes

1940 bis 1945 T&N





URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes

1958



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



1950: Innenhof hinter dem Haupteingang



*Edm. Müller verkauft während der Mittagspause Obst
vor ihm steht Rosel Grodäe in der Einfahrt Erich Braun*

URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



Feierabend bei Telefonbau & Normalzeit, 1955

URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



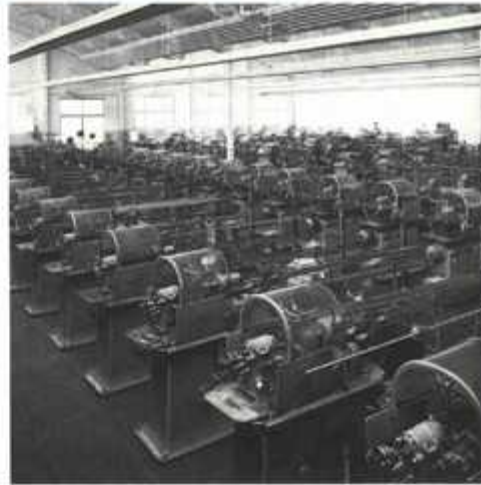
URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes

1963



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes

1966



WERK III

IN URBERACH/HESSEN

Bild oben: Luftaufnahme des Werkes (Günther-Mannheim, freig. v. Innenmin. Nr. 15/1708).

Bild links unten: Die automatisch gesteuerten Kessel im neuen Kesselhaus.

Bild rechts unten: Automaten-dreherei für die Herstellung von Schrauben und kleinen Drehteilen.

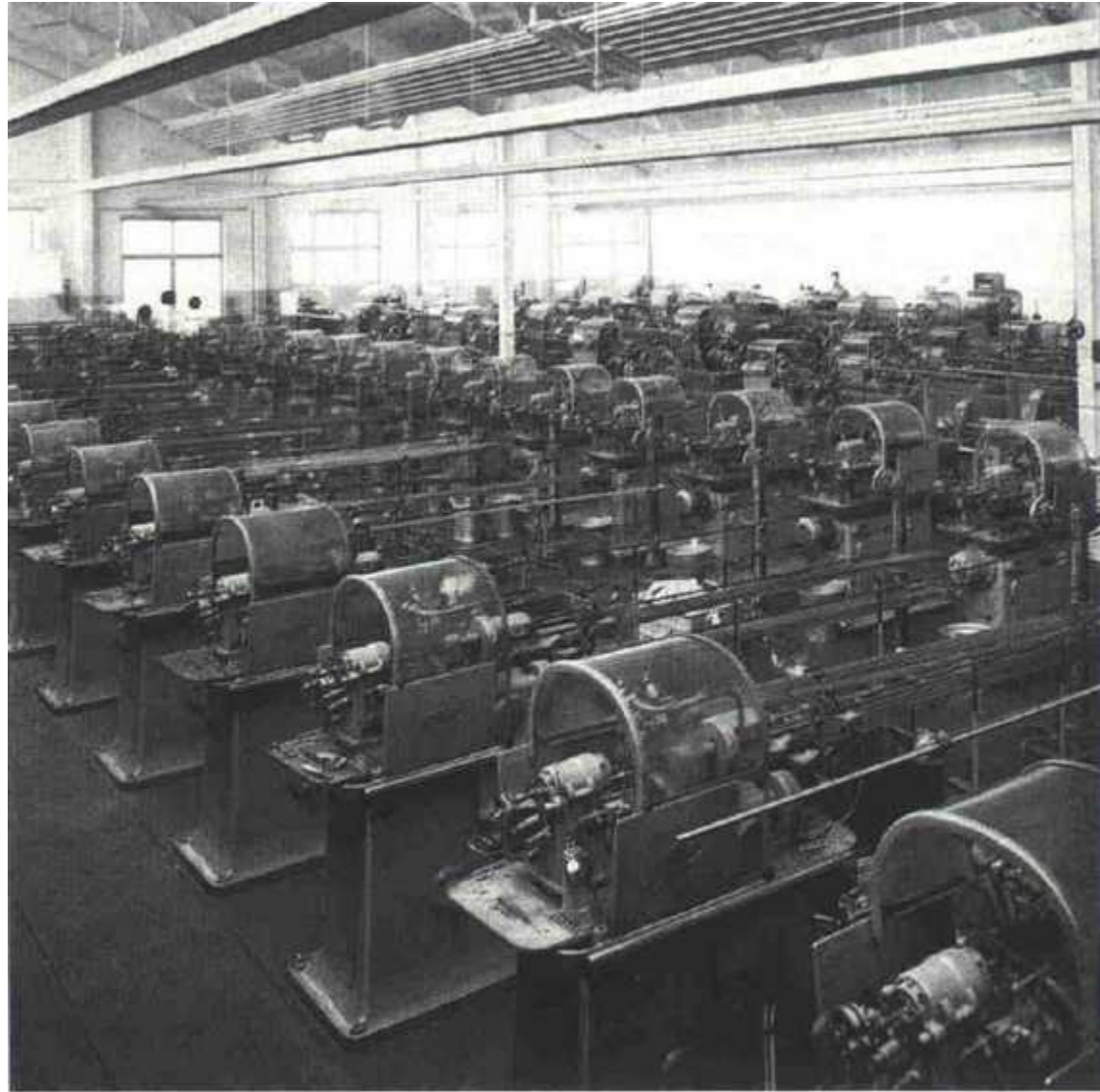
URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes

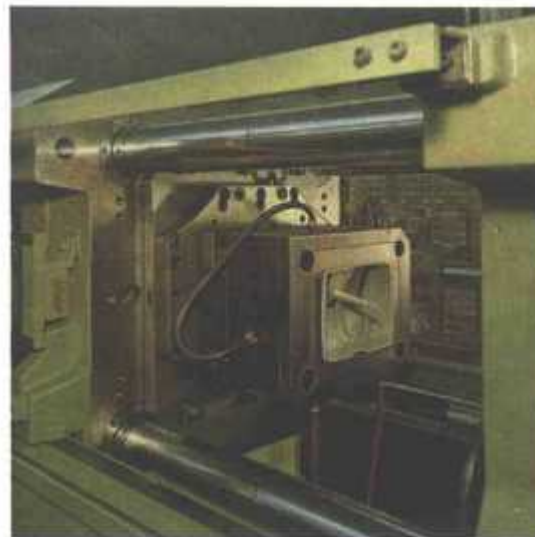


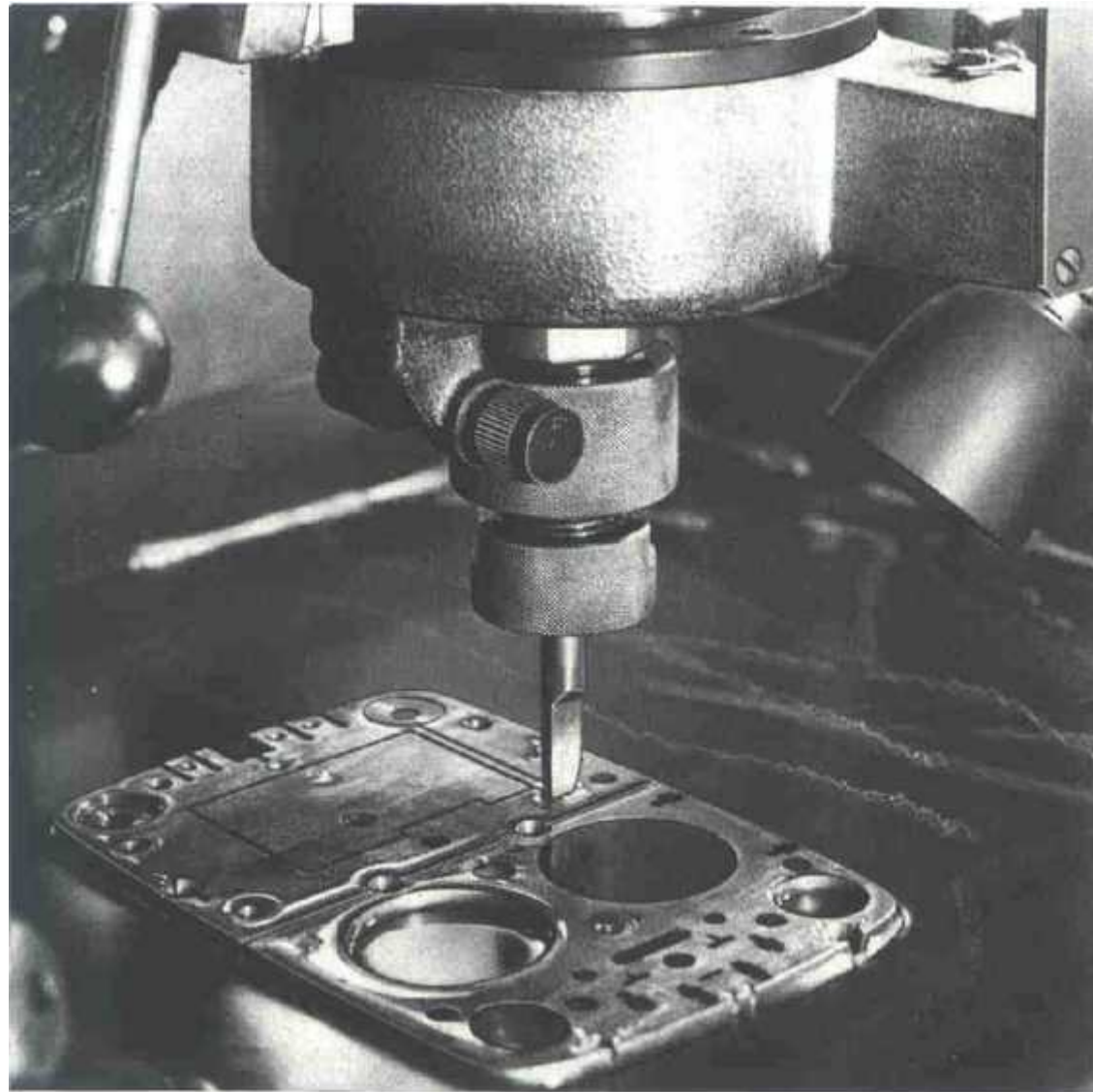
Bild oben: Montageband für Fernsprechapparate in der neuen Halle.

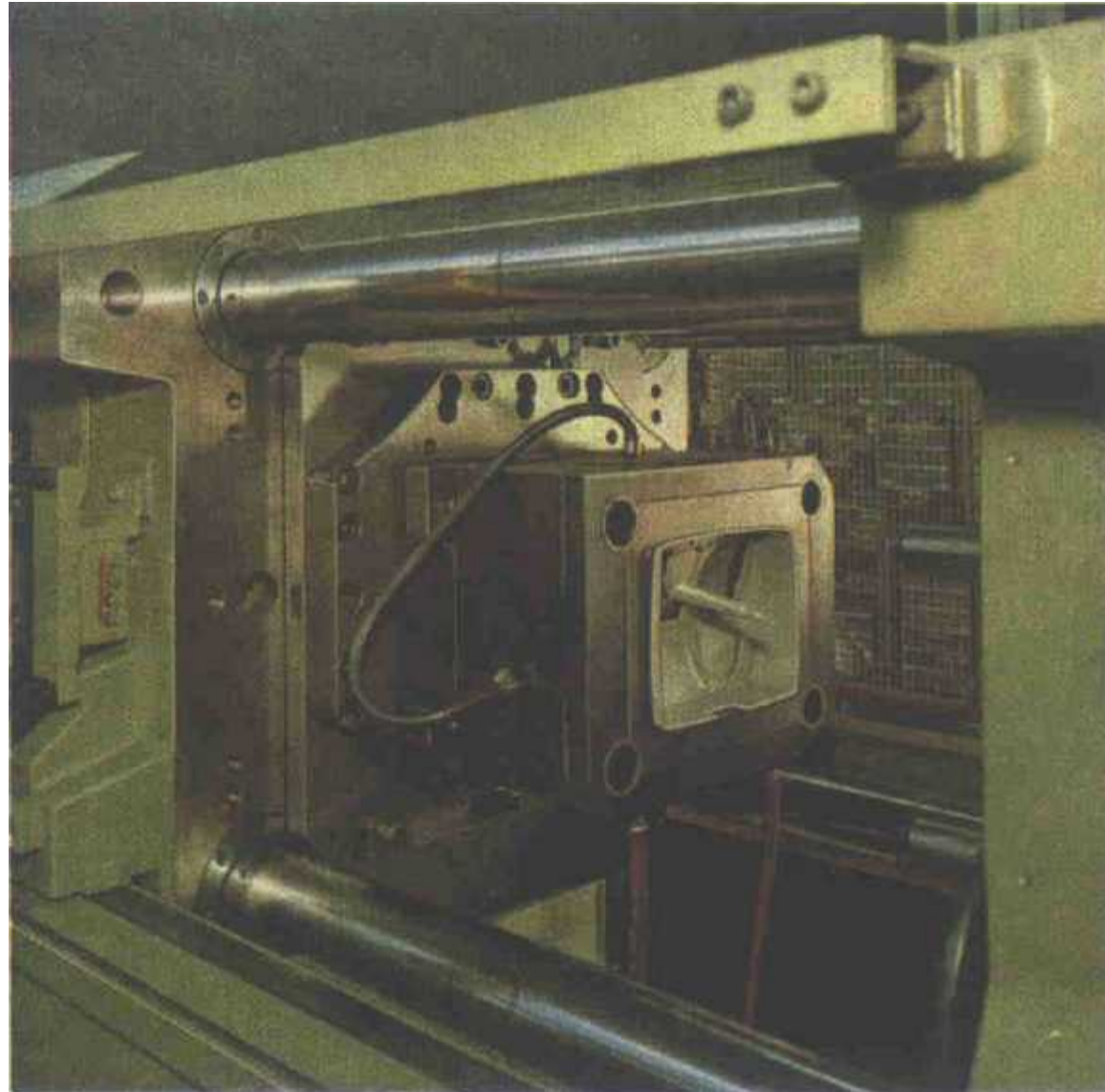
Bild links unten: Die Formen für Druck- und Spritzguß werden von uns mit Spezialmaschinen in der Abteilung Formenbau hergestellt. Mit der Funkenerosionsmaschine wird hier eine Spritzform für die Bodenplatte des Fernsprechapparates, Modell E 3, bearbeitet.

Bild rechts unten: In dieser modernen Spritzgußmaschine werden Kappen für Reihenapparate und andere große Formstoffteile gefertigt.

URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes







TREUE UM TREUE

Nach einem arbeitsreichen Leben und langjährigem Wirken in unserem Unternehmen ist im ablaufenden Jahre eine Anzahl Mitarbeiter in den Ruhestand getreten.

Ihnen, die zum Fortschritt und Bestand unserer Firma durch ihren treuen Einsatz beitrugen, gilt unser herzlichster Dank.

Herr **HERMANN ZABOLITZKI**,

Betriebsleiter im Werk III Urberach, ist nach einer Tätigkeit von über 44 Jahren in den Ruhestand getreten. Herr Zabolitzki kam im Jahre 1921 als Feinmechaniker zu uns und hat sich „von der Pike auf“ bis zum Betriebsleiter emporgearbeitet. Er ist nicht nur ein hervorragender Fachmann, sondern er hat sich auch in der Menschenführung ausgezeichnet bewährt und große Anerkennung bei seinen Mitarbeitern gefunden. Mit dem Werk Urberach ist und bleibt der Name Zabolitzki eng verbunden.



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes

1973



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes

1986



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes

1990er



Ein Totenkopf-Transparent auf dem SPD-Parteitag

Protest gegen Schließung des Telenorma-Werks in Rödermark / SPD im Kreis Offenbach sagt Belegschaft Unterstützung zu

lu. DIETZENBACH. Den Protest gegen die geplante Schließung des Rödermarker Werks der Bosch Telenorma hat der Betriebsrat am Samstag in den Parteitag des SPD-Unterbezirks Kreis Offenbach getragen. Im großen Saal des Bürgerhauses Dietzenbach entrollten Belegschaftsmitglieder ein Transparent mit einem Totenkopf und der Aufschrift „Menschen dem Betrieb geopfert: Telenorma Werk Rödermark muß bleiben“. Betriebsratsvorsitzender Norbert Mayer sagte in einem Grußwort an die Delegierten, eine Schließung des Werks werde fatale Folgen haben. Nicht zuletzt werde sie zu einem weiteren Ausbluten des Kreises Offenbach als Unternehmenstandort beitragen.

Mayer bedankte sich für die Unterstützung, die die Belegschaft von zahlreichen namhaften Politikern der Region bekommen habe. Bisher sei die Konzernleitung aber noch keinen Deut von ihren Positionen abgewichen. Der Kampf gegen eine Schließung werde fortgesetzt, sagte Mayer. Wie berichtet, ist der Belegschaft am 28. März mitgeteilt worden, der Standort Rödermark werde zum 31. März 1996 aufgegeben. Betroffen sind 894 Beschäftigte. Die Fertigung soll nach Frankfurt verlegt werden: 441 Mitarbeiter, darunter die Auszubildenden, können dorthin wech-

seln. 175 Beschäftigten wurde angeboten, künftig in Limburg zu arbeiten, wohin die Leiterplattenbestückung der Kommunikationsanlagen verlagert werden soll. Insbesondere diesen Vorschlag bezeichnete Mayer als eine Zumutung für die Beschäftigten, die dann von Rödermark täglich rund 100 Kilometer zu ihrem Arbeitsplatz fahren müßten, wenn sie nicht zu einem Umzug bereit oder fähig seien.

Die Landtagsabgeordnete Judith Pauly-Bender aus Rodgau begrüßte die Anwesenheit des Telenorma-Betriebsrats auf dem Parteitag. Die SPD solle sich mit Nachdruck für die Erhaltung von Industriearbeitsplätzen in der Region einsetzen. Die Delegierten forderte sie auf, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, sich gegen eine Schließung des Rödermarker Werks zu wenden und sich einzumischen. Gelegenheit, zumindest Interesse zu bezeugen, bestehe am 8. Mai bei einer Veranstaltung der SPD Rödermark zum Thema „Industriearbeit – ohne Zukunft? Beispiel T & N Telenorma Rödermark“. An der Diskussionsrunde in der Stadtbücherei von Ober-Roden nehmen von 19.30 Uhr an der Staatssekretär im hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Dietmar Glaßer, Bernhard Mohr von der Industrie- und Handelskammer

Offenbach sowie Betriebsratsvorsitzender Mayer teil.

Auf Antrag von Pauly-Bender verabschiedete der Parteitag am Samstag eine Resolution zum Thema Telenorma. Darin heißt es, der SPD-Unterbezirksparteitag werde den Kampf des Betriebsrates unterstützen. Die Firmenleitung wird aufgefordert, ihre Entscheidung zurückzunehmen. Es sei unverständlich, daß die hochqualifizierte Belegschaft und der technisch gut entwickelte Produktionsstandort Rödermark aufgegeben werden sollten.

Zu Beginn des Parteitags, an dem, wie in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ berichtet, auch der hessische Ministerpräsident Hans Eichel und die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Heidemarie Wiczorek-Zeul teilnahmen, unterstrich auch der Vorsitzende des Unterbezirkvorstands, Matthias Kurth aus Dreieich, die Notwendigkeit der Erhaltung des Rhein-Main-Gebiets als Produktionsstandort. Die Entwicklung hin zur immer stärker werdenden Vorherrschaft der Dienstleistungsbetriebe müsse zugunsten einer gesunden Mischung gebremst werden, sagte Kurth, der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium ist. Die SPD im Kreis Offenbach wolle sich im nächsten

Jahr vor allem der weiteren Entwicklung des Rhein-Main-Gebiets widmen. Dem „unfruchtbaren Hickhack“ zwischen Frankfurt und dem Umland wolle man „konstruktive Alternativen“ entgegensetzen. Statt falsche Bilder wie das vom Speckgürtel zu pflegen, sollten laut Kurth die Zusammenarbeit und der Gemeinschaftsgedanke gefördert werden, wie sie beim Rhein-Main-Verkehrsverbund schon erfolgreich umgesetzt worden seien. Ein Parteitag des Unterbezirks im Herbst werde sich mit diesem Thema beschäftigen. Ferner gelte es für die SPD im Kreis, die Parteiarbeit zu modernisieren. Hier nannte Kurth den neuen „Arbeitskreis Innovation“, der im Herbst gegründet wurde und neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit und der Selbstdarstellung der Partei entwickeln soll.

Die Zusammenarbeit der Koalition aus SPD und CDU im Kreis Offenbach lobte Kurth. Die Verwaltungsreform komme voran, in der Schulpolitik habe die SPD nicht von ihren Grundsätzen abrücken müssen, und kein anderer Kreis habe sich so früh und konstruktiv in den Rhein-Main-Verkehrsverbund eingefügt wie der Kreis Offenbach mit der Gründung seiner Kreisverkehrsgesellschaft.

Die CDU diskutiert über Telenorma-Schließung

Bürgermeister kritisiert Konzernleitung auf Kreisparteitag

In RODGAL, einen weiteren Versuch zur Rettung Rödermarks als Standort des Bosch-Telenorma-Werkes haben Politiker des Kreises Offenbach am Freitagabend unternommen. Wie schon die SPD auf ihrem jüngsten Unterbezirksparteitag hat jetzt auch der CDU-Kreisverband Offenbach-Land eine Resolution verabschiedet, in der die Konzernleitung eindringlich aufgefordert wird, den Einschluss zur Schließung zurückzunehmen. Bei der SPD hatte der Telenorma-Betriebsratsvorsitzende Norbert Mayer die Parteitagsglieder zu diesem Schritt aufgefordert, am Freitagabend im Bürgerhaus von Westkirchen war es Rödermarks christlich-demokratischer Bürgermeister Alfons Maurer, der den Besuchern des Parteitags die Bedeutung des Telenorma-Werks für die Stadt und ihre Bürger vor Augen hielt.

Mit fast 900 Beschäftigten sei Bosch der größte Arbeitgeber in Rödermark. Viele Familien würden in die Abhängigkeit von der Sozialhilfe getrieben, mache der Konzern seine Ankündigung wahr, das Werk zum 31. März nächsten Jahres dichtzumachen. Das Angebot von Bosch, 440 Mitarbeiter aus Rödermark könnten nach Frankfurt wechseln, wobei die Fertigung verlegt werden soll, sei nicht ausreichend. Nicht jeder sei zu einem Wechsel nach Frankfurt oder gar nach Limburg in der Lage. In Limburg soll, wie berichtet, künftig die Bestückung der Leiterplatten der Telenorma-Kommunikationsanlagen erfolgen. 175 Telenorma-Angestellten aus Rödermark wurde angeboten, dort zu arbeiten.

Wie Maurer weiter sagte, Nichte für viele auf alle Fälle nur der Weg in die Arbeitslosigkeit. Zudem verliere Rödermark seinen wichtigsten Gewerbesteuerzahler. Kritik übte Maurer an der Bosch-Konzernleitung, der er Überheblichkeit vorwarf. In einem kurzen Schreiben habe sie ihm im März ohne weitere Erklärungen lapidar mitgeteilt, daß das Werk geschlossen werden soll. Nachdem der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung die Konzernleitung gebeten hätten, ein gemeinsames Gespräch zu führen, sei mehr als ein Monat vergangen, bis die Stadt Antwort erhalten habe.

Wie der Bosch-Betriebsrat in der vergangenen Woche mitteilte, wird dieses Gespräch nun heute um 9 Uhr im Rathaus Urberach stattfinden. Bosch-Arbeitsdirektor Tilman Todenhöfer hat zugesagt, dem Magistrat sowie Vertretern der Stadtverordnetenversammlung die Gründe für die geplante Schließung zu erläutern. Wie Maurer auf dem Parteitag sagte, werden die Stadt und die Politiker aller Parteien gemeinsam mit dem Betriebsrat alles versuchen, um die Konzernleitung umzustan-

den. Die Telenorma-Mitarbeiter werden sich um 8.45 Uhr vor dem Betriebsrat versammeln und dann gemeinsam zum Rathaus gehen, wo eine Kundgebung stattfinden soll. 2000 Solidaritätsadressen sollen bei dieser Gelegenheit dem Bosch-Vertreter übergeben werden.

Wie in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagsausgabe“ berichtet, stand der Parteitag des CDU-Kreisverbands Offenbach-Land unter dem Motto „Perspektiven der Zukunft und Staatsmodernisierung“. Grundlage war ein Thesepapier, das „Perspektiven christlich-demokratischer Politik für die kommenden Jahre“ aufzeigen sollte. Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Klaus Lippold erläuterte das Papier seinen Parteifreunden. Weil in den nächsten Monaten keine Wahl unmittelbar bevorstehe, wolle die Partei die Zeit nutzen, „um zu sich zu arbeiten“. Zwar stelle die CDU die größte Kraft im Kreis Offenbach, doch dürfe sie nicht in eine „selbstzufriedene Sanftheit“ verfallen, wolle sie nicht die Chance verpassen, nach den nächsten Kommunalwahlen außer den beiden Dezentren auch den Landrat zu stellen. Als einen Schwerpunkt der Unionspolitik auch für den Kreis Offenbach nannte Lippold die Wahrung der inneren Sicherheit, die nur durch konsequente und harte Verfolgung von Verbrechen erreicht werden könne. Ferner sprach sich der Kreisvorsitzende für eine ökologisch orientierte Marktwirtschaft aus, in der auch Platz sein müsse für Klein- und Mitteltechnologie. Zukunftssicherung durch Umweltschutz sowie soziale Sicherung als Teil marktwirtschaftlicher Politik und die Schaffung kultureller Identität müßten weitere Ziele christlich-demokratischer Politik sein.

Eine klare Absage erteilte Lippold allen Überlegungen, auf kommunaler oder Landesebene schwarz-grüne Koalitionen zu schließen. Insbesondere in Hessen gebe es dazu keine Grundlage. Die CDU müsse ihre Positionen aufzeigen und vertreten und gegebenenfalls Mut für eine konstruktive Opposition beweisen.

Erster Kreisbeigeordneter Peter Walter nannte die Kulturarbeit, die Jugend- und Sozialpolitik als Pluspunkte für die Arbeit der CDU im Kreis. So verändere der Kreis nicht mehr wie früher die Kreisakulturwesen, sondern bemühe sich, im Rahmen des Kulturreichtums die Kulturschaffenden in den Städten und Gemeinden zu unterstützen, damit sie selbst ein Programm entwickeln könnten. Bei der Sozialhilfe setzte man nicht auf Kontrollen, sondern auf Hilfe zur Selbsthilfe. Ohne einen großen Aufwand seien rund 240 Arbeitsstellen mit ehemaligen Sozialhilfeempfängern besetzt worden. Dabei seien ganz nebenbei 167 Fälle von Sozialhilfebezug ermittelt worden.

In der Sache keine Annäherung ^{FAZ}

Gespräche über Telenorma-Schließung in Rödermark ^{23.5.95}

In RÖDERMARK. „Die Entscheidung der Bosch-Konzernleitung in Stuttgart, das Telenorma-Werk in Rödermark zu schließen, ist offenbar nicht zu erschüttern.“ Mit diesen Worten hat gestern Rödermarks Bürgermeister Alfons Maurer (CDU) das Gespräch zwischen ihm und Bosch-Arbeitsdirektor und Geschäftsführer Tilman Todenhöfer kommentiert, das am Vormittag im Rathaus Urberach stattfand. Wie Maurer dieser Zeitung sagte, begründete Todenhöfer in der Unterredung mit dem Bürgermeister, Vertretern des Magistrats, den Fraktionsvorsitzenden sowie Stadtverordnetenvorsteher Bernd Reuter die für den März nächsten Jahres geplante Schließung mit dem verschärften internationalen Wettbewerb, der Umstrukturierungen notwendig mache.

Obwohl der Bosch-Vertreter eine Schließung für notwendig halte, wolle und werde die Stadt die Hoffnung noch nicht aufgeben, sagte Maurer. Man habe Todenhöfer die Bedeutung des Werks vor allem für die dort Beschäftigten, aber auch für die Stadt als wichtigsten Gewerbesteuerzahler vor Augen gehalten. Bei diesem ersten Gespräch sei es vor allem darum gegangen, Standpunkte auszutauschen. Dabei sei doch immerhin signalisiert worden, daß es bei der Zahl der in Frankfurt angebotenen Ersatzarbeitsplätze für Beschäftigte aus Rödermark noch Spielraum gebe. Wie berichtet, hat der Konzern das Angebot gemacht, 441 der rund 900 Mitarbeiter könnten nach Frankfurt wechseln, weitere 175 in das Werk nach Limburg. Ob darüber hinaus noch weitere Beschäftigte nach Frankfurt wechseln könnten, müsse der Telenorma-Betriebsrat aushandeln, sagte Maurer. Ferner habe Todenhöfer klargestellt, daß das Telenorma-Lager in Eppertshausen mit 48 Mitarbeitern sowie das Schulungszentrum in Rödermark mit gut 30 Beschäftigten zur Zeit nicht von einer Schließung bedroht seien.

Das Gespräch mit Todenhöfer habe eine spürbare Verbesserung des Klimas zwischen der Bosch-Leitung und der Stadt gebracht, sagte der Bürgermeister.

Die Stadt war vor allem über die Art verärgert, wie Bosch die schlechte Nachricht mitgeteilt hatte, die für Beschäftigte wie für den Magistrat überraschend gekommen war. In der gestrigen Unterredung habe man sich nun doch ernst genommen gefühlt, meinte Maurer. Innerhalb eines Monats solle eine weitere Gesprächsrunde stattfinden, an der der für Rödermark eigentlich zuständige Vorsitzende Friedrich Schiefer teilnehmen solle.

Dessen Anwesenheit in Rödermark hatten auch lautstark die Telenorma-Beschäftigten gefordert, die den leicht verspäteten Todenhöfer am Morgen vor dem Rathaus in Empfang nahmen. Ausgestattet waren sie mit Spruchbändern, Plakaten, Trommel, Trillerpfeifen und, in Plastikbeutelchen an einer langen Schnur aufgereiht, rund 2000 Solidaritätsadressen von Bürgern und Politikern. Von zahlreichen Mißfallensäußerungen unterbrochen, versuchte der Konzernvertreter den Demonstranten die Haltung des Unternehmens zu schildern.

Ein dramatischer Preisverfall in der Industrie für Kommunikationstechnik sowie der verschärfte internationale Wettbewerb durch die Öffnung des deutschen Marktes für ausländische Anbieter mache es notwendig, das Unternehmen umzustrukturieren. Ein Abbau von Arbeitsplätzen an allen Fertigungsstandorten reiche dazu nicht aus, die Schließung von Standorten sei Voraussetzung, um das Überleben des Unternehmens zu sichern. Vor allem die Bemerkung, die Geschäftsleitung habe sich die Entscheidung nicht leichtgemacht, forderte den lautstarken Protest der Belegschaft heraus. Diesen konterte Todenhöfer mit der Bemerkung, die Telenorma-Mitarbeiter müßten künftig alles unterlassen, was die Situation weiter verschärfen könne. Sonst gingen unter Umständen noch mehr Arbeitsplätze verloren.

Betriebsratsvorsitzender Norbert Mayer hielt Todenhöfer vor, daß das Werk in Urberach noch vor einem halben Jahr ausgebaut und modernisiert worden sei. Es sei nicht einzusehen, warum nicht die Herstellung bestimmter Fertigungsteile in Rödermark konzentriert werden könne.

FAZ 5.7.95 MITTWOCH, 5. JULI 1995

Werk Rödermark wird geschlossen

Bosch-Konzern bleibt bei seiner Entscheidung

lu. RÖDERMARK. Erfolglos ist der gemeinsame Versuch mehrerer Politiker der Region geblieben, die Führung des Bosch-Konzerns von der geplanten Schließung des Telenorma-Werks in Rödermark-Urbrach zum 31. März kommenden Jahres abzubringen. An der Verhandlung in der Bosch-Zentrale auf der Stuttgarter Schillerhöhe nahmen am Montag nachmittag außer Landrat Josef Lach (SPD) und Bürgermeister Alfons Maurer (CDU) unter anderem die SPD-Bundestagsabgeordnete Adelheid Tröschler aus Rödermark, die SPD-Landtagsabgeordnete Judith Pauly-Bender aus Rodgau, der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Steiger, der auch CDU-Fraktionschef in Rödermark ist, sowie der SPD-Landtagsabgeordnete Karl Döer aus Groß-Umstadt teil.

Für Bürgermeister Maurer war es das zweite persönliche Gespräch mit der Konzernführung. Kürzlich hatte eine Unterredung in Rödermark zwischen dem Bürgermeister, Magistratsmitgliedern und Tilman Todenhöfer von der Bosch-Konzernführung stattgefunden. Damals hatte man vereinbart, die Verhandlungen fortzusetzen. Maurer hatte darum gebeten, daß bei der nächsten Unterredung auch der für die geplante Schließung in Rödermark zuständige Bosch-Vertreter Friedrich Schiefer teilnehmen sollte. Diese Bitte wurde am Montag erfüllt. Nach den Worten Maurers sind nun die Möglichkeiten der Kommune erschöpft. Er habe jetzt noch angeboten, die Stadt könne auf jenem Teil des insgesamt 70 000 Quadratmeter großen Bosch-Grundstücks im Gewerbegebiet, auf dem jetzt Parkplätze und das Ausbildungszentrum liegen, eine Wohnbebauung zulassen. Auf diese Weise hätte die Telenorma zusätzliche Gewinne durch das Grundstück machen können. Dies habe die Geschäftsführung jedoch nicht interessiert.

Auch einer Produktionsumstellung in Rödermark sei eine klare Absage erteilt worden. Die Bosch-Kalkulation zielt darauf ab, die Produktion insgesamt zu verdoppeln bei gleichzeitiger Senkung der

Kosten, sagte Maurer. Voraussetzung dafür sei aus Firmensicht die Konzentration der Standorte. Nur so könne dem Unternehmen zufolge dem ungeheuren Konkurrenzdruck auf dem Weltmarkt im Apparatebau begegnet werden. Nur wenn die gesteckten Ziele erreicht würden, seien auch die in Frankfurt angebotenen Ersatzarbeitsplätze langfristig sicher, wurde Maurer in Stuttgart beschieden.

Die „eiskalte Sachlichkeit“, mit der die Bosch-Vertreter auf ihren Positionen bestanden hätten, habe alle Teilnehmer der Delegation erschüttert, äußerte Pauly-Bender. Die Manager hätten nicht die Spur einer Bereitschaft erkennen lassen, ihre für Rödermark und die gesamte Region bittere Entscheidung zu überdenken. Die Politiker hätten vergeblich an die soziale Verantwortung des Bosch-Konzerns appelliert und die Folgen der Schließung vor allem für die Frauen und Auszubildenden angeführt. Auch der Einwand, mehr als 10 000 Arbeitsplätze seien in jüngster Zeit im produzierenden Gewerbe in der Region Offenbach/Dieburg verlorengegangen, habe nichts gefruchtet. Allerdings hätten Schiefer und Todenhöfer bestätigt, daß man von der geplanten Umsetzung eines Teils der Telenorma-Belagschaft nach Limburg abgerückt sei. Insgesamt 618 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sollten im Werk Frankfurt an der Kleyerstraße einen neuen Arbeitsplatz bekommen.

Bundestagsabgeordneter Steiger äußerte sich ebenfalls enttäuscht über das Gespräch. Es seien nur die bekannten beiderseitigen Positionen ausgetauscht worden. Laut Schiefer und Todenhöfer sei noch keine Entscheidung über die Zukunft des Lagers in Eppertshausen gefallen. Auch seien noch keine Pläne über eine mögliche Schließung des Schulungszentrums in Rödermark bekannt. Schon in der vergangenen Woche hatten Tröschler und Pauly-Bender den hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel (SPD) um Unterstützung gebeten. Dieser habe versprochen, sich mit der Konzernspitze in Verbindung zu setzen, teilten die Politikerinnen mit.

11.07.02

7.6.96 FAZ

Bosch Telecom will Lager in Eppertshausen schließen

In RÖDERMARK. Nach der Aufgabe des Produktionsstandorts Rödermark mit rund 850 Beschäftigten zum 31. März dieses Jahres will das inzwischen als Bosch Telecom GmbH firmierende Unternehmen nach eigenen Angaben auch sein Lager in Eppertshausen schließen. Nach Mitteilung des Betriebsrats sind 44 Beschäftigte davon betroffen. Gearbeitet werden soll in Eppertshausen noch bis zum 30. September. In Rödermark/Ober-Roden soll dafür ein neues „Standortlager Frankfurt“ eingerichtet werden, das gemeinsam mit der Thyssen Haniel Euro-Logistik GmbH betrieben wird. Nach Betriebsratsangaben soll 25 Beschäftigten gekündigt werden. Den übrigen Mitarbeitern wolle man Arbeitsplätze in Ober-Roden oder Frankfurt anbieten. Der Betriebsrat wirft der Unternehmensleitung vor, bei den Verhandlungen über die Schließung des Standorts Rödermark stets Pläne zur Aufgabe des Lagers Eppertshausen dementiert zu haben. Einige Beschäftigte, die von der Werkschließung betroffen waren, seien sogar nach Eppertshausen versetzt worden.

SPD gegen „Schnellschüsse“

Gutachten zur Telenorma-Planung gefordert / Aufwertung

es. RÖDERMARK. An „spekulativen Diskussionen“ über die künftige Nutzung des früheren Telenorma-Geländes im Stadtteil Urberach will sich die Rödermarker SPD nicht beteiligen. Ihr Vorsitzender Norbert Schultheis sprach sich dafür aus, die Auseinandersetzung „mit Fakten und nicht mit Vermutungen“ zu führen“, und warnte vor „Schnellschüssen“. Wie berichtet, beabsichtigt eine Karlsruher Bauträgergesellschaft, auf dem 66 000 Quadratmeter großen Gelände, das der Robert Bosch GmbH gehört und seit Schließung des Telenorma-Werks 1996 leer steht, einen Baufachmarkt und einen Lebensmittelmarkt einzurichten (F.A.Z. vom Mittwoch).

Der Verlust von rund 800 Arbeitsplätzen habe die Wirtschaftsstruktur Rödermarks geschädigt, so Schultheis. Dafür sei Ausgleich zu schaffen. Dies könne allerdings nicht dadurch geschehen, „daß man der Firma Bosch die Möglichkeit zur Vergoldung des Geländes gibt“. Der Arbeitsplatzverlust könne durch das vorliegende Angebot teilweise ausgeglichen werden, „wenn die Annahmen so zutreffen, wie sie der Investor beschreibt“.

SPD-Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Oberfranz wies allerdings darauf hin, bei Gesprächen mit Vertretern des Einzelhandelsverbands, der Industrie- und Handelskammer und einer Wirtschaftsberatungsgesellschaft sei die Zahl von 463 Arbeits-

plätzen, die auf dem Gelände entstehen sollen, weder bestätigt noch widerlegt worden. Die SPD hält es derzeit für äußerst schwierig, das Telenorma-Gelände zu bewerten. Die Partei sehe es deshalb als ihre Pflicht an, „das Angebot des als seriös zu bezeichnenden Investors im Hinblick auf ein positives Ergebnis zu überprüfen“. Daher solle der Magistrat zügig den Auftrag für ein Gutachten vergeben, so daß Anfang nächsten Jahres entschieden werden könne.

Maßstab für die SPD werde sein, ob die Nettobilanz der Arbeitsplätze den vorgelegten Zahlen entspreche, ob die neue Einzelhandels-Verkaufsfläche zu schwerwiegenden Veränderungen in den Stadtkernen führe und wie der entstehende Verkehr zu lenken sei. Als positiv bewerteten die Sozialdemokraten, daß Arbeitsplätze für geringer qualifizierte Menschen geschaffen werden könnten, ein großer Teil der Gewerbefläche für gewerbliche Nutzung erhalten werde und sich das Angebot für die Rödermarker Konsumenten vergrößere. Damit könne Rödermark als Einkaufsstadt aufgewertet werden.

Die CDU hatte vor kurzem ebenfalls gefordert, die Planung nochmals durch ein externes Gutachten prüfen zu lassen und schnell darüber zu entscheiden. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen machte dagegen erhebliche Vorbehalte gegen das Projekt geltend.

FAZ 3. 11.97

Verhandlungen mit Investor ^{FAZ} 12.2.98

Telenorma-Gelände: Fraktionen für Bürgerversammlung

es. RÖDERMARK. Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP haben die Rödermarker Stadtverordneten den Magistrat beauftragt, mit dem Investor Badenia-Bau AG, Karlsruhe, über die Zukunft des früheren Telenorma-Geländes im Herzen des Stadteils Urberach zu verhandeln. Grundlage ist dabei das von Badenia vorgelegte Konzept, das vorsieht, auf dem 66 000 Quadratmeter großen, der Firma Bosch gehörenden Areal einen etwa 15 000 Quadratmeter großen Baumarkt und einen 4000 bis 5000 Quadratmeter großen Verbrauchermarkt anzusiedeln. Das Investitionsvolumen wird auf etwa 65 Millionen Mark geschätzt. Bevor das Projekt verwirklicht werden kann, muß das als gemischte und gewerbliche Baufläche ausgewiesene Gelände von den Stadtverordneten zum Sondergebiet umgewidmet werden.

Das Telenorma-Werk war 1996 geschlossen worden; damals fielen mehrere hundert Arbeitsplätze weg. Gegen Verhandlungen mit dem Ziel, auf dem Gelände zwei Märkte zu etablieren, sprachen sich die Fraktionen. Anders Liste/Die Grünen und der SPD-Stadtverordnete Erich Krieger aus. Sobald Verhandlungsergebnisse vorliegen, soll eine Bürgerversammlung stattfinden, an der auch die Grundstückseigentümer, die Investoren und die vorgesehenen Betreiber der Märkte teilnehmen sollen. Dafür sprachen sich CDU, SPD und FDP aus; die Grünen und Krieger votierten dagegen. Die Grünen hatten eine öffentliche Anhörung zu dem Projekt unter Beteiligung auch des Rödermarker Einzelhandels und der Industrie- und Handelskammer Urberach gefordert, konnten sich gegen CDU, SPD und FDP aber nicht durchsetzen.

Der Magistrat soll sich nach dem Willen aller Stadtverordneten aber auch weiterhin um eine alternative Nutzung des Bosch-Geländes bemühen. Die Grünen hatten in diesem Zusammenhang die deutsche Sektion der Europäischen Sonnenenergie-Vereinigung „EuroSolar“ in Bonn ins Gespräch gebracht. Herauszufragen wäre, ob dort Interesse bestehe, Flächen und Gebäude auf dem früheren Telenorma-Gelände „zur Erforschung, Entwicklung und Präsentation der Solar-Energie-Nutzung und anderer Zukunftstechnologien“ etwa in Form eines Technologieparks mit Informationszentrum in Anspruch zu nehmen.

Kaufkraft aus Umgebung

Das Badenia-Konzept, dem zufolge 231 Arbeitsplätze entstehen würden, hat in den vergangenen Monaten in Rödermark erhebliche Wellen geschlagen. Mancher Einzelhändler sieht dadurch seine Existenz gefährdet. In einem von der Stadt in Auftrag gegebenen Gutachten vertritt die Hamburger Firma Gera dagegen die Ansicht, daß durch das geplante Einkaufszentrum erhebliche Kaufkraft nach Rödermark zurückfließen werde, die derzeit abfließe, und mehr Kaufkraft aus der Umgebung zu binden sei. Die CDU-Fraktionsvorsitzende Patricia Lips sprach sich am Mittwochabend dafür aus, die Ängste des Gewerbes und des Einzelhandels erst zu

nehmen. Beide sollten in die Verhandlungen mit einbezogen werden. Rödermark sei jedoch „keine Insel“, sagte Lips und warnte vor einer „Politik der Verhinderung“. Schließlich sei „Stillstand immer auch Rückschritt“. Die Stadt solle eine „Option“ nicht einfach ausschlagen; die CDU verstehe diese Option auch als „Chance“. Für die SPD komme nur eine Ansiedelung in Frage, die auch Arbeitsplätze schaffe, machte Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Oberfranz deutlich. Bisher liege nur ein Angebot vor, das werde unvoreingenommen geprüft.

„Echte Bereicherung“

Fakten sprechen für einen Baumarkt und einen Verbrauchermarkt, die für viele Bürger eine „echte Bereicherung“ darstellen. So würden mehr als 200 Vollzeit-Arbeitsplätze geschaffen, zu denen weitere in den alten Hallen hinzukämen, wenn dort ein Gewerbepark entstehe. „Wenn wir die Chance haben, Arbeitsplätze zurückzubekommen, haben wir die Verpflichtung, es zu tun“, sagte Oberfranz. Vorbehalte machte der SPD-Fraktionsvorsitzende gegenüber „EuroSolar“ geltend: Die Organisation werde auf dem Gelände nicht investieren und keine neuen Arbeitsplätze schaffen. Oberfranz sprach in diesem Zusammenhang von einer „Luftnummer“ der Grünen.

Vor „anklagenden Vorstellungen“ bei den Verhandlungen mit Badenia warnte Roland Kern, Fraktionsvorscher der Grünen, und warb für eine Anhörung zu dem Projekt als „Ausdruck der Fürsorge“ der Stadt gegenüber ihren Bürgern. „Die Verantwortlichen dieser Stadt haben nicht das Recht, ihren Bürgern Angst und Schrecken und schlaflose Nächte zu bereiten“, sagte Kern, der sich auf entsprechende Aussagen von Einzelhändlern berief. Wer 230 Arbeitsplätze in den beiden geplanten Märkten schaffe, müsse damit rechnen, daß doppelt so viele Stellen im innerstädtischen Einzelhandel wegfielen. Betroffene Einzelhändler könnten gegen das Projekt klagen. Daher scheine das Bosch-Badenia-Projekt „schon juristisch nicht durchsetzbar zu sein“. FDP-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Bieneck sprach sich dafür aus, die Chance zu nutzen, die Risiken aber abzumildern. Man wolle „die Tatsache umkehren, daß wir heute für die Nachbarn Umland sind“. Die Rödermarker Bevölkerung führe zum Einkaufen in die Nachbarschaft. Wenn diese Entwicklung nicht aufgehalten werde, „wird unsere Stadt als Einkaufsstadt weiter an Bedeutung verlieren“.

Krieger begründete sein von der übrigen SPD-Fraktion abweichendes Votum mit dem zu erwartenden „ungleichen Konkurrenz“. Er könne sich von einem Einkaufszentrum ausgehenden Nutzen für die Stadt nicht erkennen. Bürgermeister Alfons Maurer (CDU) wies auf die Schwierigkeiten hin, überhaupt einen Investor für das Gelände zu finden. Gäbe es zum vorliegenden Konzept eine Alternative, „wäre sich der erste, der Badenia verabschieden würde“.

Viele Einzelhändler befürchten Nachteile

Umfrage der Grünen zum Einkaufspark auf Telenorma-Gelände / „Stadt beschädigt Substanz“

es. RÖDERMARK. Die Rödermarker Einzelhändler lehnen das auf dem früheren Telenorma-Gelände im Stadtteil Urberach geplante Einkaufszentrum offenbar mit großer Mehrheit ab. 83 der etwa 95 in Rödermark tätigen Einzelhändler hat der Stadtverordnete Klemens Felden von der Anderen Liste/Die Grünen Anfang Februar telefonisch nach ihrer Meinung zu dem Projekt befragt; die Ergebnisse legte die Fraktion gestern vor. Danach sprachen sich 84 Prozent der Befragten gegen das Vorhaben aus, wobei 23 Prozent jedoch auch Vorteile sehen. 61 Prozent der Einzelhändler äußerten hingegen nur Vorbehalte und Kritik. Noch eindeutiger falle das Urteil aus, wenn man jene zehn Gesprächspartner nicht berücksichtige, die sich der Stimme enthalten hätten: Dann seien nämlich nur sechs Prozent der Ein-

zelhändler im Prinzip für das Einkaufszentrum, 94 Prozent jedoch dagegen. Felden, der seit etwa 30 Jahren zunächst in der politischen Meinungsforschung tätig war und später für verschiedene Unternehmen Marktforschung und Marketing betrieb, sagte, ein derart einheitliches Ergebnis sei ihm noch nicht vorgekommen. Der 61 Jahre alte promovierte Historiker tritt zur Bundestagswahl im September auch als Direktkandidat der Grünen im Wahlkreis 144 an.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP hatten die Rödermarker Stadtverordneten in der vergangenen Woche den Magistrat beauftragt, mit dem Investor, der Karlsruher Badenia-Bau AG, über die Zukunft des der Firma Bosch gehörenden Areals im Herzen von Urberach zu verhandeln (F.A.Z. vom 12. Februar). Die

Badenia-Pläne sehen vor, auf dem rund 66 000 Quadratmeter großen Areal, das als gemischte und gewerbliche Baufläche ausgewiesen ist, einen Baumarkt mit 14 000 Quadratmeter Verkaufsfläche und einen Verbrauchermarkt mit 3600 Quadratmeter Verkaufsfläche anzusiedeln. Bevor das Projekt verwirklicht werden kann, müsste das Areal von den Stadtverordneten zum Sondergebiet umgewidmet werden. Dem Badenia-Konzept zufolge sollen 231 Arbeitsplätze entstehen. CDU, SPD und FDP wiesen auf die Chancen hin, die das Vorhaben biete. Die Grünen äußerten die Befürchtung, daß Arbeitsplätze im örtlichen Einzelhandel bedroht seien. Sie besuchten die Idee eines Technologieparks unter Beteiligung der deutschen Sektion der Europäischen Sonnenenergie-Vereinigung „EuroSolar“ in Bonn ins Gespräch.

Bei der Umfrage, bei der die in Rödermark ansässigen Filialbetriebe der großen Einzelhandelsketten nicht berücksichtigt wurden, machten 72 Prozent der angesprochenen Einzelhändler deutlich, daß auch sie vor allem Nachteile befürchteten. 27 Prozent äußerten sich nicht und begründeten dies unter anderem damit, daß sich bisher nicht abschätzen lasse, wie sich das geplante Einkaufszentrum auswirken werde. Nur ein Prozent versprach sich von dem Projekt überwiegend Vorteile. 27 Prozent dieser, die Nachteile befürchten, gaben an, wahrscheinlich Mitarbeiter entlassen zu müssen. 22 Prozent halten es gar für wahrscheinlich, daß sie gezwungen wären, ihr Geschäft zu schließen. Rund 70 Prozent der angesprochenen Einzelhändler zeigten sich über das Vorhaben gut informiert.

Roland Kern, der Fraktionssprecher der Grünen, sieht die Position seiner Partei durch die Umfrage bestätigt. Mit dem geplanten Einkaufszentrum werde die Gefahr heraufbeschworen, daß die Struktur der Ortsteilkerne von Ober-Roden und Urberach zerstört würde und „ein Fremdkörper mit Brachialgewalt eingeführt“ werde. Nach Ansicht von Kern rücht es sich, daß die Stadt keine eigenen Anstrengungen unternommen habe, für das Areal zu planen und zu sagen, was nach ihrem Willen dort geschehen solle. Durch ein Einkaufszentrum auf dem Telenorma-Gelände „gefährdet die Stadt ihre Substanz“, sagte Kern.

Grüne fordern Aufklärung

Telenorma-Gelände: Hinweis auf verunreinigtes Grundwasser

es. RÖDERMARK. Detaillierte Auskünfte über mögliche Verunreinigungen des früheren Telenorma-Geländes im Stadtteil Urberach hat die Rödermarker Andrei Lister/Die Grünen gefordert und Bürgermeister Alfons Maurer (CDU) vorgeworfen, mit „verharmlosenden Erklärungen“ an die Öffentlichkeit zu gehen. Seit bald zwei Jahren wird über die Zukunft des etwa 66 000 Quadratmeter großen Areals diskutiert, das als Gewerbegebiet ausgewiesen ist. 1996 war das Urberacher Telenorma-Werk geschlossen worden; seither liegt das Areal brach. Das Unternehmen ging inzwischen mit anderen Firmen in der Bosch Telecom GmbH auf. Das Gelände gehört der Robert Bosch GmbH in Stuttgart; die Karlsruher Bauträgergesellschaft Badenia-Bau AG beabsichtigt, dort ein Einkaufszentrum mit Baufachmarkt und Lebensmittelmarkt zu etablieren. Davor müßte die Stadt das Gelände jedoch zu Sondergebiet umwidmen.

Im Februar vergangenen Jahres brachten die Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD und FDP den Magistrat, mit dem Investor über die künftige Nutzung zu verhandeln. Gegen zwei neue Märkte auf dem Gelände sprachen sich die Grünen aus. Nach dem Willen aller Stadtverordneten soll sich der Magistrat gleichzeitig auch um eine alternative Nutzung des Bosch-Geländes bemühen.

Nach Angaben der Anderen Liste/Die Grünen in Rödermark wurden Anfragen nach einer möglichen Kontamination des Geländes in der Vergangenheit stets mit dem Hinweis darauf beantwortet, daß der Eigentümer entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben habe. Ergebnisse aber noch nicht vorliegen. Ende März habe die Stadt beantragt, eine Abweichung vom Regionalen Raumordnungsplan zuzulassen. In dem Umfragen und in der dazugehörigen Umweltverträglichkeitsstudie würden erstmals konkrete Daten genannt. Die Erlaubnis, von den Vorgaben des Regionalen Raumordnungsplans abzuweichen, sei Voraussetzung dafür, daß auf dem Gelände ein Einkaufszentrum entstehen könne.

Hans-Joachim Schallnaß von den Grünen sprach von sanierungsbedürftigen Kontaminationen mit sogenannten leichtflüchtigen Halogenkohlenwasserstoffen (LHKW) im Boden, in der Bodenluft und im Grundwasser sowie mit Quecksilber. Außerdem sei inzwischen klar, daß das Grundwasser nicht nur auf dem Bosch-Gelände, sondern auch darüber hinaus verunreinigt sei, sagte Schallnaß.

Die Grünen berufen sich zum einen auf die Umweltverträglichkeitsstudie zum städtebaulichen Antrag, in der für das oberflächennahe Grundwasser von LHKW-Summenkonzentrationen zwischen 357 und 9604 Mikrogramm pro Liter die Rede sei. Schallnaß und Grünen-Fraktionssprecher Roland Kern wiesen auf die gängigen Vorschriften hin, wonach bei einer LHKW-

Konzentration über 50 Mikrogramm pro Liter zu sanieren sei. Der Grenzwert für Trinkwasser betrage in Deutschland zehn Mikrogramm. Die hohen Werte seien in einer Tiefe von 6,20 bis 13,40 Metern gemessen worden. Dagegen stamme ein wesentlich niedrigerer Meßwert - 5,6 Mikrogramm pro Liter - aus einer Tiefe von 36 Metern; die Meßstelle liege zudem unter einer 28 Meter dicken Gesteinschicht an der Grenze des Telenorma-Geländes. Auch in Unterlagen, die Bosch Telecom den Behörden zur Verfügung gestellt habe, werde darauf hingewiesen, daß es einem nach Nordosten gerichteten Abstrom kontaminierten Schmelzwassers bis hin zur Werksgrenze gebe. Weiter heiße es, daß „eine über die Grundstücksgrenzen hinausgehende Schadstoffverfrachtung“ sehr wahrscheinlich sei. Über die Ausdehnung der Schadstofffröhe könnten jedoch „derzeit keine Aussagen gemacht werden“.

Die Grünen möchten erfahren, ob weitere Kontaminationen auf dem Telenorma-Gelände auszuschließen sind, und fordern Informationen auch über die Quecksilberverunreinigungen, die bis in drei Meter Tiefe reichten. Umgebend sei das Ausmaß der Verunreinigungen festzustellen und seien die Sanierungsziele zu verdeutlichen. Das Gesetz sehe nämlich unterschiedliche Zielwerte je nach künftiger Nutzung des Geländes vor. Kern forderte, das Verfahren zur Abweichung vom Regionalen Raumordnungsplan erst einmal „auf Eis“ zu legen, bis das Ausmaß der Kontamination und die Sanierungsziele bekannt seien. Durch Sofortmaßnahmen sei zu verhindern, daß das Grundwasser weiterhin kontaminiert werde. Außerdem sei ein Sanierungsplan mit zuständigen Behörden, Eigentümern und der Stadt abzustimmen.

27.6.99 FAZ

Spaßbad und Kino auf altem Fabrikgelände?

Maurer: Projekt bisher nicht zu bewerten / Sorge wegen zusätzlichen Verkehrs

es. RÖDERMARK. Seit wenigen Tagen liegt im Rödermarker Rathaus eine Alternativplanung für das ehemalige Telenorma-Gelände in Urberach vor. Auf zwei Blättern hat ein Unternehmen, das nicht genannt werden möchte, skizziert, was es aus dem der Robert Bosch GmbH gehörenden Areal gern machen würde: Neben SB-Markt, Einzelhandelsflächen und Gastronomie sollen dort ein Spaßbad und ein Kino entstehen; auch eine Grünzone ist vorgesehen. Details wisse er allerdings nicht, sagte Bürgermeister Alfons Maurer (CDU), dem die nicht in Rödermark beheimatete Firma bisher unbekannt war. Zunächst habe das Unternehmen von seinen Absichten nur die Stadt informiert. Er habe die Firma jedoch aufgefordert, erst einmal mit dem Eigentümer des Grundstücks, der Robert Bosch GmbH in Stuttgart, zu verhandeln.

Vor drei Jahren hatte Telenorma das Urberacher Werk stillgelegt; seither stehen die Gebäude leer. Seit bald zwei Jahren wird in Rödermark über Pläne der Karlsruher Bauträgersgesellschaft Badenia-Bau AG diskutiert, dort ein Einkaufszentrum mit Baufachmarkt und Lebensmittelmarkt zu etablieren. Dafür wären etwa 65 Millionen Mark zu investieren. Nach dem Willen der Stadtverordneten soll auf dem Telenorma-Gelände außerdem ein Technologie- und Gründerzentrum entstehen; vor wenigen Tagen wurde der Magistrat beauftragt, dazu eine Betreiber-GmbH zu

gründen und mit potentiellen Mitgesellschaftern zu verhandeln (F.A.Z. vom Donnerstag).

Das geplante Einkaufszentrum ist in Rödermark umstritten: Viele Einzelhändler befürchten Einbußen oder sehen sich in ihrer Existenz bedroht. Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP sprachen sich Anfang vergangenen Jahres für Verhandlungen mit der Badenia-Bau AG aus; die

ANZEIGE

Der RMM-Anzeigenmarkt

Zeitungsleser wissen mehr.



RheinMainMedia

Gründer lehnt das Projekt ab. Zugleich bekam der Magistrat den Auftrag, sich um eine alternative Nutzung des Geländes zu bemühen. Die Stadt kann auf die Planungen Einfluß nehmen, weil das Telenorma-Areal derzeit als Gewerbegebiet, zum Teil als Mischgebiet ausgewiesen ist. Zu wirklichen wäre das Einkaufszentrum nur dann, wenn die Stadtverordneten beschließen, das Gelände zum Sondergebiet umzuwidmen.

Maurer gab zu erkennen, die Stadt werde die jetzt vorliegende Alternativplanung genau prüfen; bisher könne das Projekt überhaupt nicht bewertet werden. Im Anschreiben an die Stadt berufe sich das Unternehmen auf eine Anfrage der „Interessengemeinschaft der Einzelhändler der Gemeinde Rödermark“. Eine solche Interessengemeinschaft kenne er nicht und die gebe es nicht, sagte Maurer; das sei „ein bißchen dubios“. Nach Auskunft des Bürgermeisters wird die Stadt das Vorhaben danach beurteilen, ob dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Auch müsse geklärt werden, wie es sich auf die Infrastruktur der Stadt auswirke. Schließlich sei zu untersuchen, ob durch das Kino zusätzlicher Verkehr in die Ortsmitte gezogen werde. Mit der Verkehrsfrage habe er „die größten Probleme“, sagte Maurer. Er könne sich nicht vorstellen, daß die Stadt an einem Kino interessiert sei, das gerade nachts, an Wochenenden und Feiertagen verstärkt Autoverkehr in die Ortsmitte bringe.

Auch in Sachen Spaßbad seien noch viele Fragen zu beantworten: Sollen es separat neben dem benachbarten städtischen Hallenbad entstehen, oder sollten Spaß- und Hallenbad miteinander verbunden werden? Das Hallenbad sei allerdings gerade saniert worden, so daß es die Stadt in seinen bisherigen Funktionen erhalten wolle – als Schwimmstätte für Schulklassen, Vereine und Menschen, die zu günstigen Preisen schwimmen gehen wollten.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

12. 12. 00

Bürgerbegehren in Rödermark?

Streit um Telenorma-Gelände

es. RÖDERMARK. Gegen die Pläne, auf dem ehemaligen Telenorma-Gelände in Urberach einen großflächigen Supermarkt, einen Baumarkt und ein Gartencenter anzusiedeln, wird es in Rödermark möglicherweise ein Bürgerbegehren geben; dazu hat sich eine Initiative gegründet, die in den nächsten sechs Wochen 1874 Unterschriften sammeln will. Der Hessischen Gemeindeordnung zufolge müssen mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten bei der zurückliegenden Kommunalwahl ein Bürgerbegehren unterstützen, wenn das Anliegen Erfolg haben soll.

Über die Nutzung des seit 1996 leerstehenden Telenorma-Geländes im Herzen von Urberach, das der Robert Bosch GmbH gehört, wird seit Jahren diskutiert. Das Konzept der Badenia Bau-AG, Karlsruhe, sieht vor, dort mehrere Großmärkte anzusiedeln. Bislang ist das Areal als Misch- und Gewerbegebiet ausgewiesen; gegen den Bebauungsplanentwurf „Östlich der Ober-Rodener Straße“, mit dem die Fläche in ein Sondergebiet „Großflächiger Einzelhandel“ umgewidmet werden soll, hatten zahlreiche Einzelhändler aus Rödermark, aber auch die Industrie- und Handelskammer Offenbach und der Einzelhandelsverband Offenbach Bedenken vorgebracht. Am Freitagabend beschlossen die Stadtverordneten mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP die Bebauungsplan-Satzung; die Fraktion der Anderen Liste/Die Grünen stimmte dagegen. Einen Tag zuvor hatte sich die Initiative gegründet, in der sich auch zahlreiche Geschäftsleute aus Rödermark engagieren.

„Existenzbedrohung“

Das Bürgerbegehren hat zum Ziel, den Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan wiederaufzuheben. Viele Anwohner sahen sich in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt, viele Geschäftsleute in ihrer beruflichen Existenz bedroht, heißt es in der Begründung. Die Gefahr bestehe, daß die Ortskerne in den Rödermarker Stadtteilen veröden und der zusätzliche Auto- und Zulieferverkehr ein nicht mehr akzeptables Ausmaß annehme. Nach Angaben der Initiatoren sind in Rödermark, einer Stadt mit knapp 26 000 Einwohnern, rund 26 000 Quadratmeter Einzelhandelsfläche „historisch gewachsen“. Auf dem Telenorma-Gelände sollten nun 18 000 Quadratmeter hinzukommen. Ein Zuwachs von 70 Prozent sprengt jedoch alle Dimensionen. So seien zusätzlich 800 Fahrzeuge pro Stunde und nächtlicher Anlieferverkehr mit schweren Lastwagen zu erwarten.

Die von kapitalkräftigen Großinvestoren geplanten Großmärkte dienen nicht dazu, das Angebot zu verbessern; vielmehr finde ein „gigantischer Verdrängungswettbewerb zu Lasten des örtlichen Einzelhandels“ statt. Wohnortnahe Einkaufsmärkte und Geschäfte müßten schließen; einige hätten dies auch schon angekündigt. In den Großmärkten entstünden nur wenige neue Arbeitsplätze; daher sei der Wegfall von vielen Arbeitsplätzen in Handel und Handwerk zu befürchten. Den Ortskernen in Ober-Roden und Urberach werde die Kaufkraft „einem Staubsauger gleich“ abgezogen. Statt dessen wird eine „städtebaulich verträgliche Entwicklung“ des „Filetstücks“ – Gewerbeflächen, Wohnbebauung und soziale Einrichtungen – gefordert.

Über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens entscheiden die Stadtverordneten. Lehnen sie den geäußerten Wunsch ab, folgt ein Bürgerentscheid. Die Rödermarker Stadtverordneten kommen am 16. Januar wieder zusammen, um über das ebenfalls auf dem Telenorma-Gelände geplante Innovationszentrum zu beraten. Zu diesem Termin ist die Frist zum Sammeln der Unterschriften noch nicht abgelaufen, so daß erst am 20. Februar über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens entschieden werden könnte.

„Käufer in die Stadt zurückholen“

Bürgermeister und CDU für Bebauung des Telenorma-Geländes

es. RÖDERMARK. Die Pläne der Firma Bosch und des Karlsruher Investors Badenia-Bau AG, das ehemalige Telenorma-Gelände in Rödermark-Urberach neu zu nutzen, werden von Bürgermeister Alfons Maurer (CDU) und der Rödermarker CDU-Stadtverordnetenfraktion unterstützt. Wie berichtet, sollen auf dem rund 60 000 Quadratmeter großen Gelände mehrere Großmärkte angesiedelt werden. Eine Initiative, der auch zahlreiche Gewerbetreibende angehören, sammelt jedoch Unterschriften für ein Bürgerbegehren mit dem Ziel, den von CDU, SPD und FDP getragenen Satzungsbeschuß für den notwendigen Bebauungsplan rückgängig zu machen (F.A.Z. vom 12. Dezember).

Maurer bezeichnete die vor sechs Jahren erfolgte Schließung des Telenorma-Werks, in dem einst 1000 Menschen beschäftigt waren, als „Debakel“ für die Stadt. Versuche, auf dem Areal wieder Gewerbe anzusiedeln, seien gescheitert. Badenias Angebot, das Grundstück von Bosch zu erwerben, um dort ein Marktzentrum zu errichten, habe die Stadt unter Bedingungen akzeptiert: So sollte ein Teil des Grundstückes weiterhin gewerblich genutzt und dort auch die Innovations-Centrum Rödermark AG angesiedelt werden, deren Mehrheitseigner die Stadt sei. Als weitere Gesellschafter seien daran Kreis, Energieversorger und ortsansässige Banken beteiligt. Mit den Einzel-

handelsketten Obi und Lidl habe Badenia schon Mietverträge abgeschlossen. Nach dem Satzungsbeschuß zum Bebauungsplan könnten die Arbeiten im Frühjahr beginnen. Maurer wies darauf hin, daß dabei auch der kontaminierte Boden ausgetauscht werde. Außerdem erhalte die Stadt einen Mehrwertausgleich von zwei Millionen Mark.

Sollte der Satzungsbeschuß wieder aufgehoben werden, bleibe der jetzige Zustand erhalten. Der Boden werde nicht saniert, und die Stadt bekomme keinen Mehrwertausgleich. Außerdem würden die vorhandenen Hallen künftig „allein nach dem Gesichtspunkt verwertet, welche Rendite sie bringen“. Ob dabei die Interessen des einheimischen Gewerbes berücksichtigt würden, bezeichnete Maurer als „fraglich“. Wer die geplante Lösung verhindere, übernehme daher „eine große Verantwortung“.

Die CDU-Fraktion erinnerte an eine Einzelhandelsuntersuchung der Firma Gesa von 1998, in der ein Marktzentrum auf dem Telenorma-Gelände empfohlen werde. Die Bevölkerung von Rödermark habe eine hohe Kaufkraft, die jedoch zu 60 Prozent aus der Stadt abfließe. Die CDU wolle „die Käufer und damit das Geld wieder nach Rödermark zurückholen“, sagte Sprecherin Maria Becht. Sollte der Bebauungsplan scheitern, sei damit auch ein Scheitern des Innovations- und Gründerzentrums verbunden.

16.2.01

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Bürgerentscheid am 18. März

Rödermarker bestimmen Zukunft des Telenorma-Geländes

es. RÖDERMARK. Den Termin des ersten Bürgerentscheids in Rödermark haben die Stadtverordneten am Dienstagabend festgelegt: Am Sonntag, 18. März, dem Tag der Kommunalwahl, werden die Bürger auch über die Zukunft des ehemaligen Telenorma-Geländes in Urberach entscheiden. Anfang Dezember hatten die Stadtverordneten mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP beschlossen, das etwa 60 000 Quadratmeter große Telenorma-Gelände, das seit sechs Jahren leersteht und bisher als Misch- und Gewerbegebiet ausgewiesen ist, in ein Sondergebiet „Großflächiger Einzelhandel“ umzuwandeln. Die Fraktion der Anderen Liste/Die Grünen stimmte dagegen. Der Karlsruher Investor Badenia Bau möchte das Areal von der Robert Bosch GmbH kaufen und dort einen Supermarkt, einen Baumarkt und ein Gartencenter ansiedeln. Außerdem soll auf dem Gelände ein Gründer- und Innovationszentrum entstehen. Die Stadt wird einen Mehrawertrag von zwei Millionen Mark bekommen.

Gegen die Pläne formierte sich eine Bürgerinitiative und sammelte Unterschriften für ein Bürgerbegehren, die erste Stufe zum Bürgerentscheid. Die Stadtverordneten stellten am Dienstag fest, daß die nach der Gemeindeordnung erforderliche Unterschriftenzahl für einen Bürgerentscheid erreicht wurde: 2475 hatte die

– zehn Prozent der Wahlberechtigten – wären nötig gewesen.

CDU, SPD und FDP lehnten es ab, ihren Beschluß vom Dezember aufzuheben; AL/Grüne und der fraktionslose Stadtverordnete Erich Krieger waren dafür, befanden sich aber in der Minderheit. Die CDU scheute sich nicht vor dem Bürgerbegehren, sagte Fraktionsvorsitzende Patricia Lips, die kürzlich an einer von der Bürgerinitiative organisierten Fahrt nach Groß-Umstadt teilnahm. Dort hatten sich vor wenigen Jahren Großmärkte außerhalb des Stadtzentrums angesiedelt; der Gewerbeverein wies auf Umsatzrückgänge von 30 bis 40 Prozent in der Innenstadt hin. Nach Ansicht von Lips liegt dies aber auch an der dortigen Verkehrspolitik und der Sperrung von Hauptverkehrsstraßen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Oberfranz wies darauf hin, daß in Rödermark derzeit die Leute samstags „in hellen Scharen“ zu Großmärkten in der Umgebung führen. Die Bevölkerung habe von den geplanten Märkten auf dem Telenorma-Gelände „nichts zu befürchten, höchstens zu gewinnen“. Carlos Nussbaum (FDP) bezeichnete die Bürgerinitiative als „Gewerbevereinsinitiative“. In Ober-Roden und Urberach seien auch jetzt schon Geschäfte geschlossen worden. Dagegen sah es Roland Kern, Fraktionssprecher von AL/Grünen, als „absolut verantwortungslos“ an, nach dem Prinzip „Augen zu

2002 Abriss



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes

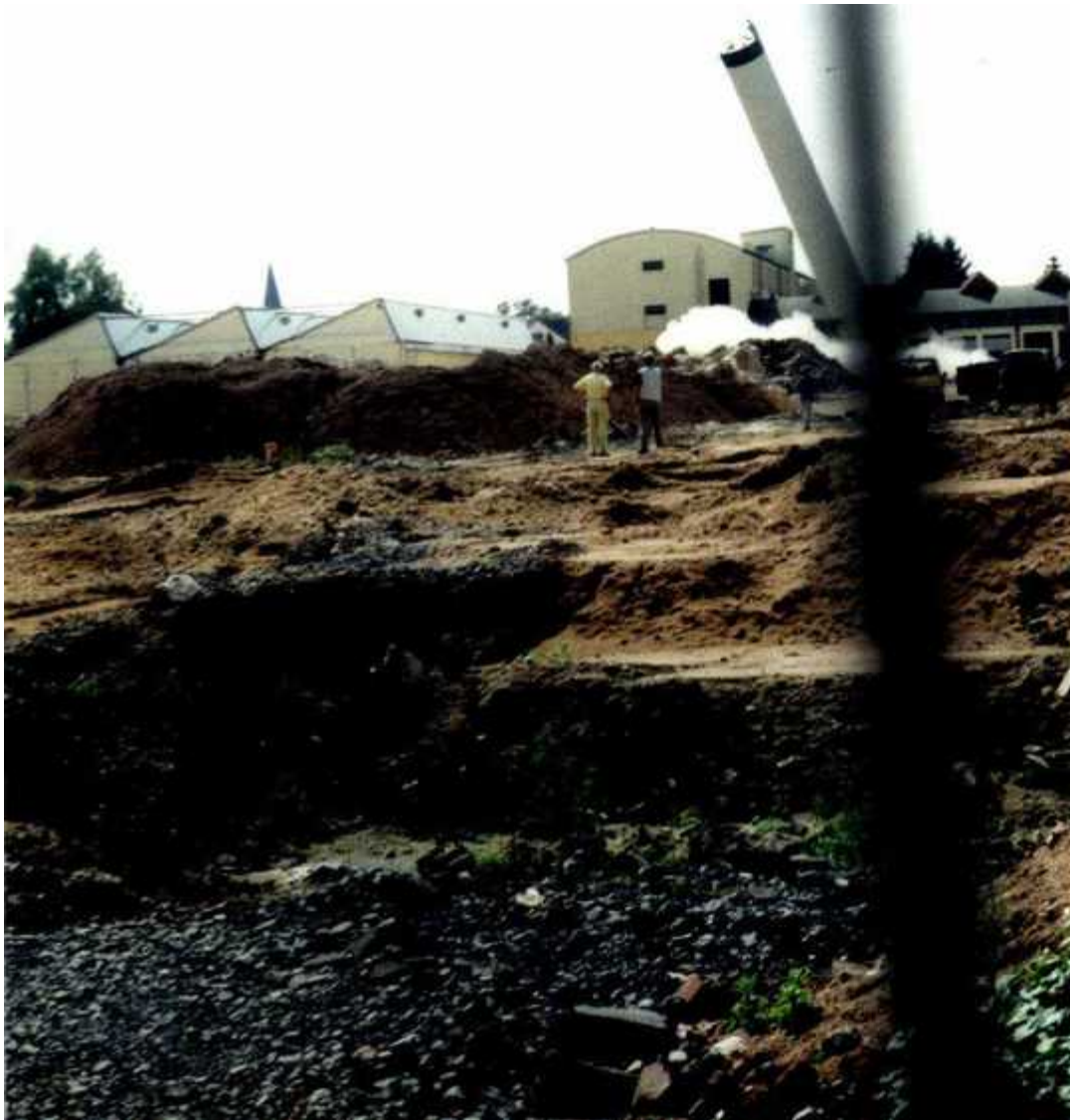


URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes





22. August
2002

URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes



URBERACH - Geschichte des früheren Fabrikgeländes





22. August 2002: Der Abriss des Werkgeländes beginnt

Frankfurter Allgemeine Zeitung

31. JAN. 2003

Stammkapital von 100 000 Euro

IC-Rödermark AG gegründet

es. RÖDERMARK. Innovation, Förderung von Firmengründungen sowie durch mehr Beschäftigung soll die von der Stadt gegründete IC-Rödermark AG bewirken, die ihren Sitz im ehemaligen Tenovis-Schulungszentrum in Urberach, Ober-Rodener Straße 20, hat. Zu den Aufgaben des Unternehmens gehört es, das Gründer- und Innovations-Centrum (IC) Rödermark einzurichten und zu betreiben; außerdem wird die IC-Rödermark AG künftig für die Wirtschaftsförderung zuständig sein. An der mit einem Stammkapital von 100 000 Euro ausgestatteten Gesellschaft haben sich die Stadt Rödermark mit 60 Prozent, die Heag Versorgungs-AG, Darmstadt, mit 20 Prozent sowie der Kreis Offenbach und die Sparkasse Dieburg mit je zehn Prozent beteiligt.

Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wurde Erster Stadtrat Alexander Sturm (CDU) gewählt. Als Vorstand amtiert der Leiter der städtischen Wirtschaftsförderung, Wolfgang Schallmayer, der mit einem weiteren für die Wirtschaftsförderung zuständigen Mitarbeiter, Alfons Hägemann, in das ehemalige Tenovis-Schulungszentrum umziehen wird. Dort mietet die IC-Rödermark AG 1000 Quadratmeter Büro-, Schulungs- und Fortbildungsräume, die entsprechend den Bedürfnissen umgebaut werden. Firmen aus Rödermark haben schon die EDV- und Elektroleitungen installiert. Das Gründer- und Innovations-Centrum ist an die „Glasfaser-Autobahn“ der Heag MediaNet GmbH angebunden; außerdem steht den Mietern künftig eine moderne zentrale Telekommunikations-Infrastruktur zur Verfügung.

Das IC ist als zukunftsorientierte Standortgemeinschaft von Gründern und jungen Unternehmen auf der einen Seite und schon etablierten Firmen auf der anderen Seite konzipiert. Vor allem Unternehmen aus anwendungsorientierten Schlüsseltechnologien, Informations- und Kommunikationstechnik, Umwelt- und Energietechnik sowie „Life Science“ sollen mit Serviceleistungen zu günstigen Konditionen gefördert werden. Auch die Berufsakademie Rhein-Main, die im Oktober ihren Betrieb aufnehmen soll, ist im ehemaligen Tenovis-Schulungszentrum angesiedelt.

Stadt und Kre

20 FEB. 2003

F 17

Mit 400 Studenten Obergrenze erreicht

Am 1. Oktober startet die Berufsakademie Rhein-Main

es. RÖDERMARK/OFFENBACH. Mit zwei Klassen von jeweils 15 bis 20 Studenten will die Berufsakademie Rhein-Main GmbH & Co. KG am 1. Oktober im ehemaligen Tenovis-Schulungszentrum an der Ober-Rödener Straße in Rödermark-Urberach ihren Betrieb aufnehmen. Geschäftsführer Olaf Lampas rechnet damit, daß im fünften Jahr etwa 400 Studenten die neue Bildungseinrichtung besuchen, womit die Obergrenze erreicht wäre. Derzeit werden die Räume ausgelohnt. Mit 250 000 Euro hat sich die Stadt Rödermark an der Berufsakademie beteiligt; weitere 150 000 Euro wird der Kreis beisteuern.

Erst seit zwei Jahren gibt es in Hessen die Möglichkeit, Berufsakademien zu gründen. Das Projekt der Berufsakademie Rhein-Main wurde am Dienstag abend bei einer Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer Offenbach interessierten Firmen vorgestellt. Die Kammer wolle helfen, Theorie und Praxis miteinander zu verzahnen; bei den Berufsakademien sei dies der Fall, sagte IHK-Hauptgeschäftsführerin Eva Dude. Nach den Worten von Alexander Sturm (CDU), Erster Stadtrat von Rödermark, lassen viele südhessische Unternehmen an Berufsakademien in Baden-Württemberg ausbilden. Sturm warb bei den Firmen dafür, sich als Partner zu engagieren: Jetzt könne man sich noch am stärksten einbringen und die Inhalte der Ausbildung beeinflussen.

An der Berufsakademie Rhein-Main soll zunächst der Studiengang Wirtschaft mit den Fachrichtungen „Allgemeine Betriebswirtschaftslehre“ und „Hotelmanagement“ angeboten werden. Im Wintersemester 2004 kommt die Fachrichtung „Wirtschaftsinformatik“ hinzu. Die Fachrichtung „Allgemeine Betriebswirtschaftslehre“ ist am Standort Rödermark, die Fachrichtung „Hotelmanagement“ an der Georg-Kerscheneiner-Berufsschule in Oberthausen angesiedelt.

Wer das dreijährige Studium an der Berufsakademie anstrebt, muß die Allgemeine Hochschulreife oder Fachhochschulreife vorweisen und einen Ausbildungsvertrag mit einem Partnerunternehmen abgeschlossen haben. Die Firma meldet den Studenten bei der Berufsakademie an; jeweils dreimonatige Theorie- und Praxisphasen wechseln sich dann ab. Nach zwei Jahren besteht die Möglichkeit, eine Berufsabschlußprüfung bei der IHK abzulegen; nach drei Jahren folgt die Abschlußprüfung zum „Diplom-Betriebswirt (BA)“ oder „Diplom-Ingenieur (BA)“. Die Kosten – 300 Euro im Monat – trägt das Unternehmen.

Lampas erwartet die staatliche Anerkennung der Berufsakademie für Ende Februar oder Anfang März. Die Position des Akademieleiters sei ausgeschrieben worden. Für eine Dozententätigkeit lägen schon Anfragen vor; auch Hochschulprofessoren hätten Interesse signalisiert.

Fachmarktzentrum droht ein Baustopp

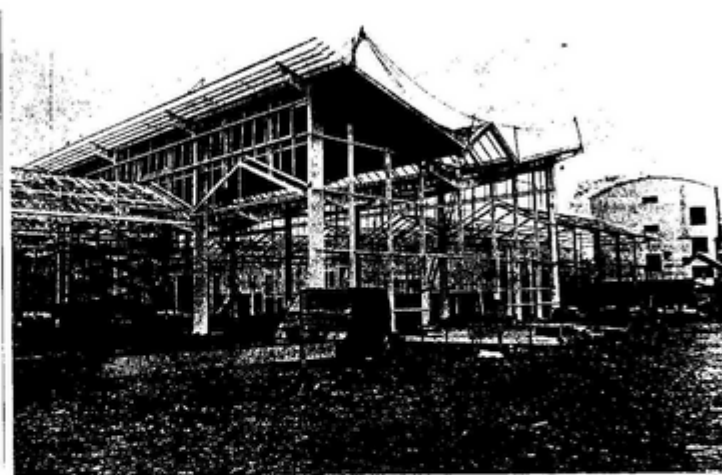
Gericht gibt im Eilverfahren Grundstückseigentümern in Urberach recht / Rechtsmängel des Bebauungsplans

RODERMARK. Die Kaufland Stiftung & Co. KG, Neckaraltn, die auf dem ehemaligen Telemora-Gelände im Rodermarker Stadtteil Urberach ein Fachmarktzentrum mit 18.000 Quadratmetern Verkaufsfläche errichtet, hofft, daß ein auf einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Darmstadt beruhender Baustopp für das Projekt möglichst schnell wieder aufgehoben wird. In einer Zeit, in der Arbeitsplätze eher abgebaut würden und Bauaufträge fehlen, wäre dies „für die Hausbesitzer, Handwerker, aber auch für die Festlegung von Rodermark von Vorteil“, teile das Unternehmen auf Anfrage mit Einzelheiten zum geplanten Fachmarktzentrum warnte die Kaufland Stiftung nicht. Dort sollen unter anderem ein Kaufland-Einkaufsmarkt, ein Obi-Baumarkt und ein Obi-„Gartenparadies“ entstehen.

Vor Gericht waren Eigentümer von Grundstücken gezogen, die nicht unmittelbar an das Areal des Fachmarktzentrums angrenzen, jedoch in der Nähe der Kreuzung Rodaunerstraße/Messenhäuser Straße/Ober-Roderer Straße liegen und somit vom Zubringerverkehr betroffen wären. Nach Ansicht der Zweiten Kammer des Verwaltungsgerichts haben sie Anspruch darauf, daß das Fachmarktzentrum vorläufig verhindert wird. Der von der Stadt aufgestellte Bebauungsplan für das Projekt sei nämlich die Baugenehmigung über rückständig. Während des Baugenehmigungsverfahren seien die Schallmessungen, die für die Grundstücke künftig zu erwarten seien, nicht untersucht worden. Außerdem verstoße die Baugenehmigung gegen die städtische Stellplatzanfrage, da für Obi-Baumarkt und Obi-„Gartenparadies“ 120 Stellplätze fehlten.

Die Kammer habe im Eilverfahren nicht zweifelfrei feststellen können, ob den Grundstückseigentümern ein „nachbarliches Abwehrrecht“ zustehe. Wegen der fehlenden Lärmuntersuchungen lasse sich nicht abschätzen, welcher Lärmbelastung die Anwohner sowohl der Ober-Roderer Straße in Richtung Osten als auch der Kreuzung künftig ausgesetzt seien. Da der Bebauungsplan „östlich der Ober-Roderer Straße“ unwirksam sei, sei jedoch nicht sichergestellt, daß die Einmündung der Ober-Roderer Straße in die Kreuzung wie vorgesehen – ausgeführt werde. Folglich sei damit zu rechnen, daß der Verkehrslärm an der Kreuzung zu gewissen Tageszeiten ins Stocken kommen werde, so das Gericht.

Im Eilverfahren lasse sich nicht klären, ob angesichts der zu erwartenden erheblichen Verkehrszunahme auf der Kreuzung zur Landratskammernumgebung unvermeidbar Rechtsnachträge wärdien. Bei der Interessen-



Raben die Arbeiten bald? Die Großbaustelle für den Kaufland-Markt in Rodermark-Urberach.

Foto: Wolfgang P. / ...

abwägung kläre das Gericht den Interessen der Grundstückseigentümer, das Fachmarktzentrum vorläufig zu verhindern. Vorrang ein Würde dessen weiterhin gehalt. Können die Eigentümer über längere Zeit nicht zumutbare Lärm ausgesetzt sein. Außerdem sahen die Richter die „ernsthafte Gefahr“, daß schon vollendete Tatsachen geschaffen würden, wenn die Baugenehmigungen im Hauptbaugenehmigungsverfahren aufgehoben werden sollten.

Nach Angaben des Kreises Offenbach als Baugenehmigungsbehörde waren wegen des Fachmarktzentrums insgesamt sechs Gerichtsverfahren anhängig, von denen vier vorläufig abgewiesen worden seien. In einem Verfahren hatte das Verwaltungsgericht Darmstadt den Anspruch eines benachbarten Hauseigentümers bspw. das Fachmarktzentrum vorläufig zu verhindern (F.A.Z. vom 11. Januar). Diese Klage wurde inzwischen jedoch zurückgezogen: Nach Angaben des Rodermarker Bürgermeisters Alfons Maurer (CDU) hat Kaufland das Grundstück erworben. Bei dem aktuellen Verfahren kommt dem Richterpruch nach Anspruch

von Kreis-Pressesprecherin Ursula Loh aufhebende Wirkung zu, die Bauarbeiten am Fachmarktzentrum würden in den nächsten Tagen „zum Raben gebracht“. Sowohl der Kreis als auch die Kaufland Stiftung als Bauherrin haben gegen die Entscheidung Beschwerde beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof eingelegt.

Maurer bezeichnete die vom Verwaltungsgericht festgestellten Rechtsmängel des Bebauungsplans als „heilbar“. Der Magistrat habe am Mittwoch beschlossen, ein Ergänzungsverfahren einzuleiten. Die Stadt habe stattdessen den Bebauungsplan offengelegt, der eine Geschosflächenzahl von höchstens 18.000 Quadratmetern festgeschrieben habe. Anschließend habe die Stadt Anregungen von Bürgern aufgegriffen und darüber hinaus festgelegt, welche Gebäude errichtet werden dürften. Daß der Bebauungsplan daraufhin nicht ein zweites Mal offengelegt wurde, habe das Gericht als Formfehler gerügt.

Die Stadt wolle dies im Ergänzungsverfahren nachholen und dabei auch ein Grundstück zu den Immissionen anfertigen lassen. Man hoffe, damit alle vom Verwal-

tungsgericht aufgeworfenen Mängel beseitigt zu haben, sagte Maurer. Die Rückgabe hätten der Stadt diese Möglichkeiten an die Hand gegeben. Der Bürgermeister hofft, daß bis zu den Sommerferien ein genehmigungsfähiger Bebauungsplan vorliegt. Die Auffassung des Gerichts zu Stellplatzanfrage teile die Stadt nicht. Maurer wies darauf hin, der Magistrat habe entschieden, Stellplätze „summarisch“ zu betrachten, nicht auf das einzelne Gebäude bezogen.

Auf mehrere zehn Millionen Euro hätten sich die Investitionen nach Markt-Schätzung summierten, mit dem Arbeitsmarkt wurde im vergangenen Jahr begonnen. Das Fachmarktzentrum sollte bis zum Herbst fertig werden, sagte Maurer. Wenn sich das Projekt verzögere, bestene die Gefahr, daß Obi vom Mietvertrag zurückstehe. Maurer hob hervor, die Mängel des Bebauungsplans seien „relativ gering“ und leicht zu heilen. Ob es unter diesen Umständen wirtschaftlich und sinnvoll, ein alternatives gerichtsfertig sicheres Grundstücksbauverfahren anzufertigen, lasse sich bezweifeln.

Fachmarktzentrum darf gebaut werden

8.8.03

FAZ

Verwaltungsgerichtshof hebt Baustopp auf / Maurer: Enormer Schaden entstanden

es. **RÖDERMARK.** Einen Ende Januar ergangenen Beschluß des Verwaltungsgerichts Darmstadt, der zum Baustopp für das im Rödermarker Stadtteil Urberach entstehende Fachmarktzentrum führte, hat der 9. Senat des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs in Kassel Ende Juli korrigiert; die Entscheidung ging am Mittwoch im Rödermarker Rathaus ein. Bürgermeister Alfons Maurer (CDU) zeigte sich mit dem Ausgang des Verfahrens zufrieden; der Beschluß des Verwaltungsgerichtshofs bringe die Stadt in ihrer Entwicklung voran.

Maurer hob hervor, während des fast halbjährigen Baustopps sei ein „unermesslicher“ wirtschaftlicher Schaden entstanden, der von der Kaufland-Stiftung & Co. KG, Neckarsulm, zu tragen sei. Wann die Arbeit am Fachmarktzentrum wiederaufgenommen werde, stehe noch nicht fest. Maurer bezeichnete es als „bedenklichen Vorgang“, wenn ein solches Projekt aufgrund einer Ermessensentscheidung für Monate stillgelegt werden könne. In der Begründung seines unanfechtbaren Beschlusses bezifferte der Verwaltungsgerichtshof das Investitionsvolumen für den Erwerb des Bau-

grundstücks und die Errichtung der Gebäude auf etwa 21 Millionen Euro.

Auf dem ehemaligen Telenorma-Gelände in Urberach will die Kaufland-Stiftung ein Fachmarktzentrum mit einer Verkaufsfläche von rund 18 000 Quadratmetern errichten. Vorgesehen ist, dort einen Obi-Bau- und Gartenmarkt, einen Kaufland-Verbrauchermarkt, ein Lidl-Discount-Geschäft sowie verschiedene Fachmärkte und Fachgeschäfte anzusiedeln. Gegen die vom Kreis Offenbach erteilte Baugenehmigung waren fünf Eigentümer von Grundstücken vor Gericht gezogen, die nicht unmittelbar an das Areal des Fachmarktzentrums angrenzen, jedoch in der Nähe der Kreuzung Rodastraße, Messenhäuser Straße, Ober-Rodener Straße liegen und somit vom Zubringerverkehr betroffen wären. Das Verwaltungsgericht sah im Eilverfahren den von der Stadt aufgestellten Bebauungsplan für das Projekt als nichtig an; daher sei die Baugenehmigung rechtswidrig. Bei der Interessenabwägung hatte das Gericht den Interessen der Grundstückseigentümer, das Fachmarktzentrum vorläufig zu verhindern, Vorrang eingeräumt. Zudem sahen

die Richter die „ernsthafte Gefahr“, daß vollendete Tatsachen geschaffen würden, wenn die Baugenehmigung im Hauptsacheverfahren aufgehoben werden sollte.

Dagegen legten Kreis und Kaufland-Stiftung Beschwerde ein. Nach Ansicht des Verwaltungsgerichtshofs kann nach den im Eilverfahren erkennbaren Umständen jedoch nicht davon ausgegangen werden, daß die von den Anwohnern angefochtene Baugenehmigung nachbarschaftliche Rechte verletzt. Dabei sei nicht bedeutsam, ob der Bebauungsplan „Östlich der Ober-Rodener Straße“ wirksam sei oder ob nach Paragraph 34 des Baugesetzbuches beurteilt werden müsse, ob sich das Vorhaben in die nähere Umgebung einfüge. Die Baugenehmigung verletze die Anwohner nicht im „nachbarschützenden Gebot der Rücksichtnahme“. Auch die vom Fachmarktzentrum ausgehenden Geräuschbelastungen seien den Anwohnern zuzumuten. Die Erschließung über die Kreuzung Rodastraße, Ober-Rodener Straße, Messenhäuser Straße sieht der Verwaltungsgerichtshof als gesichert an. Die Kosten des Verfahrens müssen die Anwohner tragen.

Kaufland-Eröffnung auf Telenorma-Areal

23. MRZ. 2004
FAZ

90 Arbeitsplätze in neuem Verbrauchermarkt / Umstrittenes Projekt

RÖDERMARK. Am Donnerstag wird der neue Kaufland-Verbrauchermarkt auf dem ehemaligen Telenorma-Gelände an der Ober-Rodener Straße im Rödermarker Stadtteil Urberach eröffnet. Nach Angaben des Unternehmens, das zur Kaufland Stiftung & Co. KG, Neckarsulm, und damit zu einer der führenden Lebensmittel-Handelsfirmen in Deutschland gehört, entstanden in Rödermark mehr als 90 Arbeitsplätze. Außerdem werden vier junge Leute in den Berufen Kauffrau/Kaufmann im Einzelhandel und Verkäufer/Verkäuferin ausgebildet. In dem neuen Fachmarktzentrum wird im Mai ein Obi-Baumarkt hinzukommen; für das zweite Quartal ist die Eröffnung eines Lidl-Discount-Geschäfts vorgesehen. Dazu hat sich noch ein breites Spektrum weiterer Geschäfte – darunter eine Bäckerei, ein Schuhgeschäft, eine Drogerie, eine Metzgerei, ein Friseur, ein Reisebüro und ein Modemarkt – angesiedelt. Mehr als 600 Parkplätze stehen den Kunden während des Einkaufs unentgeltlich zur Verfügung. Rund 25 Millionen Euro hat Kaufland in das Fachmarktzentrum mit einer Geschosfläche von rund 18 000 Quadratmetern investiert. In den vergangenen Jahren sorgte

das Projekt mehrfach für Schlagzeilen. Im Dezember 2000 hatten die Stadtverordneten einen Bebauungsplan verabschiedet und das Areal als Sondergebiet „Großflächiger Einzelhandel“ ausgewiesen. Damit wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, das seit der Schließung des Telenorma-Werks 1996 nicht mehr genutzte Gelände zu sanieren und wieder mit Leben zu erfüllen. Dagegen machte sich jedoch bald Widerstand bemerkbar: Etliche Bürger befürchteten, daß ihre Lebensqualität durch das Fachmarktzentrum beeinträchtigt wäre; ortsansässige Geschäftsleute sahen sich in ihrer Existenz bedroht. Der zu erwartende Auto- und Zulieferverkehr werde ein nicht mehr akzeptables Ausmaß annehmen, wurde argumentiert. Ein Bürgerentscheid, der zum Ziel hatte, den Satzungsbeschluß für den Bebauungsplan wiederaufzuheben, scheiterte im März 2001: 62,1 Prozent der Wähler stellten sich damals hinter die Entscheidung der Stadtverordneten; 37,9 Prozent wandten sich dagegen.

Ende Januar vergangenen Jahres zogen schließlich mehrere Anwohner gegen die vom Kreis Offenbach erteilte Baugenehmigung für das Fachmarktzentrum vor Gericht und hatten damit vor dem Verwal-

tungsgericht Darmstadt zunächst Erfolg: Das Gericht erklärte den Bebauungsplan für nichtig und die Baugenehmigung für rechtswidrig; der Kreis erließ einen Baustopp. Ende Juli 2003 korrigierte der Verwaltungsgerichtshof in Kassel den Beschluß der Darmstädter Richter, so daß weitergebaut werden konnte. Bürgermeister Alfons Maurer (CDU) sprach damals von einem „unermesslichen“ wirtschaftlichen Schaden für Kaufland als Folge des halbjährigen Baustopps.

Straffe Preispolitik, verbraucherorientierte Sortimente, besondere Kundenfreundlichkeit: Mit diesen Argumenten will Kaufland die Kunden künftig in Rödermark überzeugen. Lebensmittel, Wasch- und Drogerieartikel sind im Sortiment ebenso zu finden wie Haushaltswaren, Textilien, Elektroartikel, Spiel-, Freizeit- und Saisonartikel. Geöffnet ist montags bis samstags jeweils von 7 bis 20 Uhr. Zu Kaufland gehören mehr als 500 SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte in Deutschland, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Kroatien und Polen mit einer Fläche von jeweils 2500 bis 12 000 Quadratmetern. Der Standort Rödermark zählt zu den kleineren Märkten des Unternehmens. es.

Kaufland-Eröffnung auf Telenorma-Areal

2004
FAZ

90 Arbeitsplätze in neuem Verbrauchermarkt / Umstrittenes Projekt

RÖDERMARK. Am Donnerstag wird der neue Kaufland-Verbrauchermarkt auf dem ehemaligen Telenorma-Gelände an der Ober-Rödener Straße im Rödermarker Stadtteil Urberach eröffnet. Nach Angaben des Unternehmens, das zur Kaufland Stiftung & Co. KG, Neckarsulm, und damit zu einer der führenden Lebensmittel-Handelsfirmen in Deutschland gehört, entstanden in Rödermark mehr als 90 Arbeitsplätze. Außerdem werden vier junge Leute in den Berufen Kauffrau/Kaufmann im Einzelhandel und Verkäufer/Verkäuferin ausgebildet. In dem neuen Fachmarktzentrum wird im Mai ein Obi-Baumarkt hinzukommen; für das zweite Quartal ist die Eröffnung eines Lidl-Discount-Geschäfts vorgesehen. Dazu hat sich noch ein breites Spektrum weiterer Geschäfte – darunter eine Bäckerei, ein Schuhgeschäft, eine Drogerie, eine Metzgerei, ein Friseur, ein Reisebüro und ein Modemarkt – angesiedelt. Mehr als 600 Parkplätze stehen den Kunden während des Einkaufs unentgeltlich zur Verfügung. Rund 25 Millionen Euro hat Kaufland in das Fachmarktzentrum mit einer Geschößfläche von rund 18 000 Quadratmetern investiert. In den vergangenen Jahren sorgte

das Projekt mehrfach für Schlagzeilen. Im Dezember 2000 hatten die Stadtverordneten einen Bebauungsplan verabschiedet und das Areal als Sondergebiet „Großflächiger Einzelhandel“ ausgewiesen. Damit wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, das seit der Schließung des Telenorma-Werks 1996 nicht mehr genutzte Gelände zu sanieren und wieder mit Leben zu erfüllen. Dagegen machte sich jedoch bald Widerstand bemerkbar: Etliche Bürger befürchteten, daß ihre Lebensqualität durch das Fachmarktzentrum beeinträchtigt wäre; ortsansässige Geschäftsleute sahen sich in ihrer Existenz bedroht. Der zu erwartende Auto- und Zulieferverkehr werde ein nicht mehr akzeptables Ausmaß annehmen, wurde argumentiert. Ein Bürgerentscheid, der zum Ziel hatte, den Satzungsbeschluß für den Bebauungsplan wieder aufzuheben, scheiterte im März 2001: 62,1 Prozent der Wähler stellten sich damals hinter die Entscheidung der Stadtverordneten; 37,9 Prozent wandten sich dagegen.

Ende Januar vergangenen Jahres zogen schließlich mehrere Anwohner gegen die vom Kreis Offenbach erteilte Baugenehmigung für das Fachmarktzentrum vor Gericht und hatten damit vor dem Verwal-

tungsgericht Darmstadt zunächst Erfolg: Das Gericht erklärte den Bebauungsplan für nichtig und die Baugenehmigung für rechtswidrig; der Kreis erließ einen Baustopp. Ende Juli 2003 korrigierte der Verwaltungsgerichtshof in Kassel den Beschluß der Darmstädter Richter, so daß weitergebaut werden konnte. Bürgermeister Alfons Maurer (CDU) sprach damals von einem „unermesslichen“ wirtschaftlichen Schaden für Kaufland als Folge des halbjährigen Baustopps.

Straffe Preispolitik, verbraucherorientierte Sortimente, besondere Kundenfreundlichkeit: Mit diesen Argumenten will Kaufland die Kunden künftig in Rödermark überzeugen. Lebensmittel, Wasch- und Drogerieartikel sind im Sortiment ebenso zu finden wie Haushaltswaren, Textilien, Elektroartikel, Spiel-, Freizeit- und Saisonartikel. Geöffnet ist montags bis samstags jeweils von 7 bis 20 Uhr. Zu Kaufland gehören mehr als 500 SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte in Deutschland, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Kroatien und Polen mit einer Fläche von jeweils 2500 bis 12 000 Quadratmetern. Der Standort Rödermark zählt zu den kleineren Märkten des Unternehmens.